Bezugspreis für Dezbr. durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Die Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Abend-Ausgabe 76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz- Sammel-, Markenartikel u. Vergnüg.-Anzeig 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Woch. nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Drittes Blatt — **Donnerstag, den 29. Dezember 1927** — **Nummer 1347**

Zu den Konkordatsverhandlungen.

Die Kunde von Verhandlungen, die zwischen dem Vertreter des Heiligen Stuhles und der Staatsregierung über Neuordnung von Verhältnissen der katholischen Kirche in Preußen eingeleitet sind, hat Anlaß gegeben zu einer Bewegung in nichtkatholischen Kreisen, die den Episkopat mit Sorge erfüllt. Die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten haben daher beschlossen, die nachstehende, von uns bereits kurz mitgeteilte Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die von gewisser Seite aufgestellte Forderung, der Staat solle die einschlägigen Angelegenheiten selbständig durch Staatsgesetz regeln, beruhe auf einer irrigen Voraussetzung. Die von Christus dem Herrn gegründete Kirche leitet ihre Befugnisse unmittelbar von Christus und nicht von der Autorität des Staates ab. Staatliche und kirchliche Autorität sind jede auf ihrem Gebiete selbständig. Daraus folgt von selbst, daß in Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur sind und die Rechts- und Aufgabengebiete beider Autoritäten berühren, die Verhältnisse durch Vereinbarung beider geordnet werden müssen. Solche Neuordnung ist nach der tiefgreifenden Umgestaltung von Verhältnissen des öffentlichen Lebens, die im letzten Jahrzehnt eingetreten ist, notwendig geworden.

Für die katholische Kirche ist zur Neuordnung nicht der einzelne Bischof, auch nicht die Bischofskonferenz, zuständig, sondern der Apostolische Stuhl, da nach katholischer Glaubenslehre der Jurisdiktionsprimat des Römischen Pontifex als Nachfolger Petri, auf Christi Einsetzung beruhend, die Leitung der Gesamtkirche umfaßt, während dem einzelnen Bischof nur die Hirtengewalt in der einzelnen Diözese übertragen ist, um in ihr nach des Apostels Wort „die Kirche Gottes zu regieren", in Unterordnung unter die höchste kirchliche Autorität.

Daher hat das ganze katholische Volk ein Anrecht darauf, daß die Neuordnung der Verhältnisse, bei der keineswegs ein Übergriff in das Gebiet der staatlichen Zuständigkeit zu befürchten ist, durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhle erfolge. Diese Verhandlungen unmöglich zu machen, würde ein Eingriff in die Rechte der kirchlichen Autorität und des katholischen Volkes sein, das nie und nimmer auf die Forderung verzichten wird, daß die Neuordnung der einschlägigen Verhältnisse auf dem Wege erfolgt, der ebenso den unveräußerlichen Rechten der katholischen Kirche wie der Stellung des Staates entspricht. Es würde nicht zum Frieden dienen, wenn solche Neuordnung in einer Weise angestrebt würde, die auf die Grundrechte der katholischen Kirche nicht gebührend Rücksicht nähme.

Einzig zur Behebung von Irrtümern über die Natur und Notwendigkeit der schwebenden Verhandlungen und damit zur Wahrung des öffentlichen Friedens, möge diese unsere Erklärung dienen.

Verlängerung des deutsch-mexikanischen Handelsvertrages.

w **Berlin**, 29. Dez. **(Tel)** Durch Vereinbarung zwischen der deutschen und der mexikanischen Regierung ist der Zeitpunkt für das Außerkrafttreten des zum 21. Oktober 1926 gekündigten deutsch-mexikanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages vom 5. Dez. 1882, der zunächst bis zum 21. April und dann bis zum 31. Dezember 1927 hinausgeschoben worden war, bis zum 31. Dezember 1928 weiter hinausgeschoben worden.

Preußische Landkreistag und Kraftfahrzeugsteuer.

In der Vorstandssitzung des preußischen Landkreistags am 15. Dezember 1927 wurde u. a. die Finanzierung der Landstraßenunterhaltung behandelt. Der Vorstand sieht mit wachsender Sorge, wie durch den an sich begrüßenswerten Aufschwung des Kraftfahrzeugverkehrs die Landstraßen, die aus Mangel an Mitteln zum allergrößten Teil noch nicht dem modernen Verkehr entsprechend ausgebaut sind, beansprucht werden. Die Landkreise als Hauptträger der Landstraßen-Unterhaltung, sind zwar weiter bereit, auf diesem Gebiete zum Nutzen der Allgemeinheit zu tun, was in ihren Kräften steht. Unbedingte Voraussetzung dafür ist aber, daß ihnen die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist aber zurzeit nicht der Fall. Die Kraftfahrzeugsteuer als ausgesprochene Zweisteuer bringt bei einem Gesamtaufkommen im Reiche von rund 150 Millionen im Rechnungsjahre 1927 den preußischen Landkreisen, die nach den bisherigen Feststellungen rund 87 000 Kilometer Landstraßen zu unterhalten haben, nur 17 Millionen Mark, bei einer Gesamtausgabe im Rechnungsjahre 1927 von rund 225 Millionen, so daß nur der 14. Teil der Ausgaben aus der Kraftfahrzeugsteuer gedeckt werden kann. Der weitaus überwiegende Teil der Ausgaben muß allgemeinen Steuermitteln, d. h. den Realsteuern, entnommen werden.

Eine erhebliche Steigerung der Ausgaben ist — von an sich unbedingt erforderlichen Neubauten abgesehen — schon mit Rücksicht auf den weiter steigenden Kraftfahrzeugverkehr, nicht zu umgehen. Andererseits ist eine weitere Anspannung der Realsteuern nicht möglich. Die erforderlichen Mittel können also nur aus der Kraftfahrzeugsteuer genommen werden.

Unter diesen Umständen ist es unverständlich, wie der Reichstag durch die soeben beschlossene Novelle zum Gesetze über die Kraftfahrzeugsteuer den allgemeinen Zuschlag von bisher 25 Prozent auf 20 Prozent für das Rechnungsjahr 1928, und auf nur 15 Prozent für das Rechnungsjahr 1929 festsetzen konnte. Statt der notwendigen Erhöhung der Steuer also eine Senkung. Sie wird sich um so mehr auswirken, als zurzeit der Anleihemarkt gänzlich verschlossen ist, so daß die an sich erwünschte Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen nicht möglich ist.

Der Vorstand des preußischen Landkreistages sieht in dieser Wendung eine ernste Gefahr für die weitere Unterhaltung der Landstraßen, deren ordnungsmäßige Unterhaltung und deren Ausbau im eigensten Interesse der Wirtschaft liegt. Werden aus der Kraftfahrzeugsteuer den Landkreisen weiterhin so unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt wie bisher, und bleibt der Anleiheweg nach wie vor verschlossen, so ist ein dem modernen Verkehr entsprechender Ausbau der Straßen leider nicht möglich. ♂

Gewährung von Zuschüssen zur Unterhaltung öffentlicher Brücken.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat dem Staatsrat den Entwurf der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zur Unterhaltung öffentlicher Brücken zur Stellungnahme zugehen lassen. Dieser Richtlinien-Entwurf hat die Billigung des Ausschusses gefunden. Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt aus den Richtlinien folgendes bekannt:

Nach dem Wegfall der Brückengelder für Kraftfahrzeuge werden vom 1. Juli 1927 ab Zuschüsse zur Unterhaltung solcher öffentlicher Brücken gewährt, bei denen für die Benutzung durch Kraftfahrzeuge im Rechnungsjahre 1926 rechtmäßig, d. h. auf Grund eines staatlich festgestellten Tarifs erhoben worden sind. Konnte jedoch aus Gründen höherer Gewalt, infolge von Naturereignissen, wegen teilweiser oder gänzlicher Sperrung der Brücke im Rechnungsjahre 1926 Brückengeld nicht erhoben werden, so wird der Zuschuß gewährt, wenn in den Rechnungsjahren 1924 oder 1925 Brückengeld erhoben worden ist.

Neue sowie neu zu errichtende öffentliche Brücken, für die nach den bisherigen Grundsätzen das Recht zur Erhebung von Brückengeld für Kraftfahrzeuge verliehen werden würde, sollen bei der Gewährung von Unterhaltungszuschüssen berücksichtigt werden. Der Zuschuß ist nur in einer Höhe zu gewähren, die eine Bereicherung des Brückenunterhaltungspflichtigen gegenüber dem bisherigen Zustande ausschließt.

Bei einer Verpachtung des Rechtes zur Erhebung von Brückengeldern ist der Zuschuß nach dem Teile der Pachtsumme zu bemessen, der den Brückengeldeinnahmen aus dem Kraftfahrzeugverkehr entspricht. Wenn die Brückengeldeinnahmen aus dem Kraftfahrzeugverkehr im Rechnungsjahre 1926 geringer waren, als die gleichen Einnahmen des Rechnungsjahres 1924 oder 1925, kann der Zuschuß nach der jeweils höheren Einnahme eines dieser Jahre bemessen werden, sofern die Einnahmeverminderung nicht auf einem dauernden Verkehrsrückgange beruht. Für die Berechnung der Zuschüsse bei neuen und neu zu errichtenden Brücken, sowie bei den Brücken, die nach dem 1. Juli 1927 Brückengelder vom gesamten Landverkehr nicht mehr erhoben haben, und bei denen besondere Ausschreibungen über die Brückengeldeinnahmen aus dem Kraftfahrzeugverkehr in den Rechnungsjahren 1926 bezw. 1925 und 1924 fehlen, sollen in der Regel die Brückenausgaben die Grundlage bilden. Sofern bei der Bemessung der Zuschüsse nach den Richtlinien im Einzelfall eine ganz besondere Härte entsteht, kann zum Ausgleich ein Abweichen von den Richtlinien zugelassen werden. Die Zahlung der festgesetzten Zuschüsse hat alljährlich nachträglich am Schlusse des Rechnungsjahres zu erfolgen. Auf Antrag sind vierteljährlich nachträgliche Vorschüsse auf den Jahreszuschuß zu gewähren.

Die Wetterschäden im Emslande

Das Hochwasser des letzten Sommers hat, so führten einige Zentrumsabgeordnete in einer Kleinen Anfrage aus, die fünf Kreise des Emslandes: Bentheim, Lingen, Meppen, Aschendorf und Hümmling, besonders schwer heimgesucht. Die Landwirtschaft dieser Kreise wurde in eine um so größere Notlage gebracht, als die Überschwemmungen sich alljährlich wiederholen. Das Staatsministerium wurde gebeten, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um die Notlage dieser Kreise zu lindern.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst, der zugleich für den Minister des Innern und den Finanzminister erteilten Antwort des Landwirtschaftsministers entnimmt, sind die Voraussetzungen für die Einleitung einer staatlichen Notstandsaktion nicht gegeben, da die Schäden nicht einen derartigen Umfang angenommen haben, daß ganze Ortschaften oder Gebietsteile in ihrem Nahrungsstande gefährdet sind. Der Minister bezeichnet es jedoch als dringend notwendig, die Flüsse auf ihren Unterlauf so auszubauen, daß sie die Hochwässer unschädlich abführen können. Mehrere Ausbauten sind im Gange, für andere werden zurzeit Regulierungsentwürfe aufgestellt. Eine allgemeine Stundung der fälligen Kredite ist nicht möglich, jedoch sind die Reichs- und Staatsstellen sowie die in Betracht kommenden Kreditinstitute bemüht, bei der Einziehung der Verbindlichkeiten den Schwierigkeiten der Landwirtschaft Rechnung zu tragen und insbesondere die Gefährdung der Existenz von Betrieben möglichst zu vermeiden. Eine Herabsetzung der Zinsen für die gewährten Kredite kann angesichts der Lage auf dem Geldmarkte nicht in Aussicht gestellt werden. Durch den Reichsminister der Finanzen und den preußischen Finanzminister, sind die nachgeordneten Behörden erneut angewiesen worden, den geschädigten Landwirten gegenüber weitestes Entgegenkommen durch Stundung und nötigenfalls auch durch Niederschlagung der Steuern zu zeigen.

Bei der Prüfung und endgültigen Feststellung des für die Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanals aufgestellten Entwurfs wird die landwirtschaftliche Wasserbauverwaltung maßgebend mitwirken. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die im Interesse der Landwirtschaft zu stellenden Forderungen volle Berücksichtigung finden. +

Washington dementiert.

Daweesplan und Kriegsschulden

‡ **Newyork**, 29. Dez. In Washington wird die Nachricht von einer veränderten Haltung der amerikanischen Regierung in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage als ein französischer Versuchsballon bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung schon im Hinblick auf die Wahlen keinesfalls ihre bisherige Politik ändern könne. Nach wie vor seien die Fragen der Kriegsschulden und der Reparationen für Amerika von einander unabhängige Probleme. Parker Gilbert, der bisher bei Verwandten weilte, dürfte in den kommenden Tagen Besprechungen mit den höchsten Stellen in Washington führen. In den ersten Tagen der nächsten Woche wird Parker Gilbert mit den führenden Finanzleuten Newyorks verhandeln. Am 6. Januar wird er direkt nach Berlin abreisen.

Eine einsichtige französische Stimme

‡ **Paris**, 29. Dez. **(Tel)** Die „Volonté" kommt erneut auf das Hindenburg-Plakat zu sprechen und meint, daß gegenüber allen Angriffen der französischen Nationalisten die beste Erwiderung die Tatsache sei, daß nach den Angaben des soeben erst angenommenen französischen Haushalts, Frankreich 550 000 Mann, Deutschland dagegen nur 90 000 Mann unter den Waffen halte. Parker Gilbert habe die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld vorgeschlagen und der Völkerbund werde bald selbst die Initiative ergreifen, um die Räumung des Rheinlandes zu verlangen. So werde sich die Wahrheit den Weg brechen, trotz aller Verleumdungen der französischen Reaktionäre und Nationalisten.

Der Parteitag der französischen Sozialisten

‡ **Paris**, 28. Dez. **(Tel)** Die heutigen Beratungen des sozialistischen Parteitages galten insbesondere der Festlegung der Wahltaktik. Hierbei traten die verschiedenen Richtungen der Partei scharf zutage. Der Sprecher des äußersten linken Flügels sprach sich gegen jedes Zusammengehen mit den Radikalsozialisten aus, ohne jedoch eine Annäherung an die Kommunisten vorzuschlagen. Mehrere Redner setzten sich für die völlige Freiheit der Landesverbände ein, beim zweiten Wahlgang entweder die sozialistische Kandidatur aufrechtzuerhalten oder mit der Linken bezw. der Rechten zusammenzugehen.

Im Laufe der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall, als ein Delegierter die Behauptung aufstellte, das sozialistische Parteiorgan „Le Populaire" werde von einer bedeutenden Petroleum-Gesellschaft finanziert. Mit der Aufklärung dieser Angelegenheit wurde die ständige Verwaltungs-Kommission der sozialistischen Partei beauftragt.

Der spanische Botschafter bei Briand.

‡ **Paris**, 29. Dez. **(Tel)** Briand empfing im Laufe des gestrigen Nachmittags den spanischen Botschafter Quinones de Leon. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, bezog sich die Unterredung auf eine baldige offizielle Wiederaufnahme der französisch-spanischen Verhandlungen über ein neues internationales Statut in Tanger. Zwischen England und Frankreich besteht die Vereinbarung, daß nach dem Zustandekommen einer Verständigung über diese Frage zwischen Frankreich und Spanien auch Italien zu den Verhandlungen herangezogen werden soll.

Keine italienisch-griechischen Vertragsabsichten.

+ **Paris**, 29. Dez. **(Tel)** Der Korrespondent der „Volonté" in Rom entwickelt im Zusammenhang mit dem kürzlichen Besuch des griechischen Außenministers in Rom die Auffassung, daß Mussolini vorläufig nicht an den Abschluß weiterer Sonderverträge denke. Mussolini möchte vorher das Ergebnis der Verhandlungen mit Frankreich abwarten, um sodann weitere Vertragsabmachungen nach diesem Ergebnis einzustellen. Die Reise des griechischen Außenministers habe daher vor allem den griechischen Anleiheplänen gegolten.

Deutsche Kommunisten-Gelder für bulgarische Häftlinge.

tu **Sofia**, 29. Dez. Hier wurde versucht, zehntausend Lewa in das Sofioter Gefängnis an kommunistische Gefangene einzuschmuggeln. Es handelt sich um eine Geldgabe rheinischer Kommunisten aus Köln im Betrage von 500 Mark, überbracht wurde diese Summe im Eßkorb durch eine gewisse Frau Topenitscharowa.

Wie die Telegraphen-Union dazu erfährt, war das Geld zunächst für einen gewissen Alexieff, einen der gefährlichsten bulgarischen Anarchisten, bestimmt, welcher zu lebenslänglichem Kerker verurteilt ist. Dies und die Tatsache, daß Frau Topenitscharowa als eifrigste Agitatorin der bulgarischen Anarchisten bekannt und in viele gesetzwidrige Unternehmungen verwickelt ist, gibt der Behörde Anlaß, an einen beabsichtigten Befreiungsversuch zu glauben. Man erinnert dabei daran, daß im politischen Gefängnis bereits im Sommer ein Massenausbruch durch das Graben eines 30 Meter langen Ganges vorbereitet wurde. Die Haussuchung bei der verhafteten Topenitscharowa förderte Material zutage, das den Beweis einer Verbindung der bulgarischen mit deutschen Kommunisten erbrachte, darunter auch Aufrufe in bulgarischen Lettern, daß die Gefangenen ausharren mögen. Die Polizei fahndet noch nach einem Restbetrag von fünftausend Lewa, da alle Anzeichen vorhanden sind, daß dieser Betrag nach der Praxis gewandert ist, um ähnlichen Zwecken zu dienen. Die Polizei kündigt weitere sensationelle Aufdeckungen an.

Deutsches Reich

Fräulein Käthe Rosenheim zum Regierungsrat ernannt.

b **Berlin**, 28. Dez. Nach Meldungen Berliner Blätter hat der preußische Minister des Innern, Grzesinski, seine Privatsekretärin Käthe Rosenheim zum Regierungsrat ernannt. An zuständiger Stelle wird diese Meldung bestätigt. Fräulein Käthe Rosenheim war bereits zur Zeit der Ministerschaft Severings im Ministerium tätig.

Albert Thomas reist nach Oberschlesien.

b **Berlin**, 29. Dez. **(Tel)** Wie ein Berliner Blatt meldet, wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, im Januar zusammen mit dem Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium, eine Reise nach Oberschlesien unternehmen, um mit den dortigen Gewerkschaften zu verhandeln.

Forderungen der ostoberschlesischen Metallarbeiter.

w **Königshütte**, 29. Dez. **(Tel)** Gestern fand hier ein Kongreß der Betriebsräte der Eisen- und Metallhütten statt, der eine Entschließung annahm, die u. a. die sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung für alle Arbeiterkategorien, die bereits vor dem Kriege acht Stunden gearbeitet haben, und die unverzügliche Einführung des Achtstundentages und für die übrigen Kategorien die Festsetzung eines bestimmten Termins, an dem für diese der verkürzte Arbeitstag in Kraft tritt, verlangt. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen wollen die Belegschaften der Eisen- und Metallhütten am 2. Januar die Arbeit niederlegen, bzw. in einen 24stündigen Proteststreik eintreten.

Glückwunschschreiben der Reichsregierung an Kapitän Kircheiß.

w **Hamburg**, 28. Dez. Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch richtete im Namen der Reichsregierung an den kühnen Weltumsegler Kapitän Kircheiß folgendes Glückwunschschreiben: „Sehr geehrter Kapitän Kircheiß! Durch die Tat haben Sie bewiesen daß der alte Wikingergeist im deutschen Volke noch lebendig ist. Sie haben der Welt gezeigt, daß es zur Weltumseglung in erster Linie auf den Mann ankommt und nicht auf das Material. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer hohen seemännischen Tat, die dargetan hat, daß die deutsche Seefahrt trotz schwerster Schicksalsschläge nicht untergehen kann. Im Namen der Reichsregierung heiße ich Sie in der Heimat herzlich willkommen."

Die Hungersnot in Schantung.

Peking, 27. Dez. Europäer in Schantung bestätigen die Meldung der Gesellschaften zur Linderung der Hungersnot, daß vier Millionen der Bevölkerung nahe am Verhungern sind. In 35 Bezirken von den 107 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Prozent der Ernte tatsächlich eingebracht worden, während in 30 anderen Bezirken der Betrag sich zwischen 10 und 40 Prozent bewegt. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist noch nicht erreicht. Früher wohlhabende Bauern verschleudern ihre Viehbestände für geringfügige Beträge, um auszuwandern. Die Lokalbehörden geben der Dürre und dem Heuschreckenfraß die Schuld an der Hungersnot; wie die Europäer erklären, ist sie aber hauptsächlich auf den Bürgerkrieg, das Banditentum und die drückende Besteuerung zurückzuführen. Es besteht keine Hoffnung, in China selbst ausreichende Geldmittel aufzubringen, um große Massen der Bevölkerung vor dem drohenden Tod zu retten. Hilfe vom Ausland wird dringend gebraucht. Die Truppen und die Banditen verschärfen noch die Notlage im Hungerbezirk und machen es dabei unmöglich, großangelegte Hilfsmaßnahmen unter ausländischer Leitung durchzuführen, wie etwa den Bau von Straßen und Kanälen. Ähnliche Verhältnisse herrschen in Tamingfu im südlichen Tschili, wo nur 20 Prozent der Ernte eingebracht werden konnten

Die Aussichten für die polnisch-litauischen Verhandlungen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

v **Warschau**, Ende Dezember 1927.

Zu denjenigen Faktoren, mit denen die Regierung Pilsudski ihre Taktik in der litauischen Frage durchführte, gehört auch die Gleichgültigkeit gegenüber der öffentlichen Meinung des eigenen Landes. Daß sie so verfahren kann, ist einer der Vorteile des diktatorischen Regimes. Recht ungerührt nehmen denn auch gegenwärtig die polnischen Regierungskreise die vielfach heftige Kritik auf, die sich in der Presse gegenüber der Genfer Entscheidung äußert. Diese Kritik entspringt daraus, daß die Erwartungen auf Größeres gespannt worden waren. Die ungewöhnliche Alarmierung des In- und Auslandes durch die zweimalige demonstrative Reise Pilsudskis nach Wilna, die in ihrer Absichtlichkeit deutliche Übertreibung des Schulkonfliktes, endlich das persönliche Erscheinen Pilsudskis in Genf, alles das hatte die Spannung derart gesteigert, daß man gegenwärtig die Empfindung hat: soviel Lärm um nichts — oder doch um wenig.

Zwar gibt auch die Kritik zu, daß der litauische Verzicht auf den nominellen Kriegszustand einen Gewinn für Polen bedeutet. Sie stößt sich aber an jenen Bedingungen die man hier Zugeständnisse an Litauen nennt. Erwähnte die Entschließung des Völkerbundes doch nur die litauische Beschwerde im Schulkonflikt und überging die polnischen Gegenbeschwerden. Wurde doch nur Polen auferlegt, die im Verlaufe des Konfliktes erfolgten Ausweisungen zurückzunehmen. Verbürgt doch nur Polen einseitig seinem Nachbarn und Widerpart die Unversehrtheit seines Gebietes, während die Schlußformel daß die Genfer Resolution auf keine Weise in die Fragen eingreife, hinsichtlich deren die beiden Regierungen verschiedener Ansicht sind, allgemein auf die Wilnaer Frage bezogen wurde. Insofern übrigens nicht mit Unrecht, als der Referent des Völkerbundes, Belaerts van Blockland, in seinen Erläuterungen zur Genfer Resolution ausdrücklich die Wilnaer Frage erwähnte. In dem Sinne nämlich, daß die Resolution diejenigen Ansprüche nicht berührt, welche die litauische Regierung im Hinblick auf Wilna etwa noch könnte geltend machen wollen. Woldemaras hat denn auch bekanntlich alsbald in Paris erklärt, daß die Genfer Resolution bestätigt habe, die Wilnaer Frage sei noch offen. Aber, real betrachtet, sind das deklarative Vorbehalte. Mit einer praktischen Neulösung des Wilnaer Problems rechnet man im Grunde weder diesseits noch jenseits der Grenze. Wenn die polnische Pressepolemik über die Genfer Resolution überhaupt einen Sinn hat, so im Hinblick auf die angekündigten polnisch-litauischen Verhandlungen.

Daß es zu den Verhandlungen kommt, wird an sich nicht bezweifelt. Denn auch Litauen wird, so erwartet man, nachdem es die Genfer Formel annahm, sich ihren formellen Konsequenzen nicht entziehen. Aber die beiden Kontrahenten gehen naturgemäß mit sehr verschiedenen, teilweise mit entgegengesetzten Absichten, an den Verhandlungstisch. Für Polen ist die Aufhebung des nominellen Kriegszustandes nur die erste Bresche in der Mauer, die bisher Polen von Litauen trennte; es grub damit nur das erste Loch im Damm, der bisher das Eintrömen eines übermächtigen polnischen Einflusses nach Litauen verhinderte. Polen wird daher in den Verhandlungen danach trachten, jene Bresche möglichst rasch zu erweitern und die Mauer vollends abzutragen; seine wirtschaftlichen, politischen und nationalen Zwecke erfordern, daß der Damm gänzlich schwinde und die beabsichtigte friedliche Durchdringung Litauens freie Bahn finde von Wilna und Warschau bis an den Memelhafen und bis an die Flanke Ostpreußens. Das sind die polnischen Ziele, auf die alles, was seit jener und auch gerade letzthin wieder von Polen in der litauischen Frage unternommen wurde, handgreiflich hindeutet.

Wie steht nun Litauen dazu? Es sieht natürlich genau so klar wie Warschau, wohin die Fahrt gehen soll, ja sieht die Dinge vielleicht noch durch das Vergrößerungsglas der Sorge um die eigene Haut. Was Polen anstrebt, die Herstellung „normaler" und „geregelter" Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern, erscheint zwar auch Litauen nicht ausnahmslos verwerflich, aber Litauen sieht sein Interesse darin, den Rahmen doch erheblich anders zu spannen. Um bei dem oben angewandten Bilde zu bleiben: auch für Litauen wäre es diskutabel, in der Trennungsmauer etwa ein Tor zu öffnen. Denn letzthin leidet ja auch das mittlere und untere Stromgebiet des Memelflusses, über dem Kowno die Hand hält, unter der Absperrung von jeglicher Kommunikation, vom Holzhandel, vom Warenaustausch, vom Durchgangsverkehr, welche Vorderland und Hinterland natürlicherweise verbinden sollten. Hier also würden gewisse Konzessionen mit dem Lebensinteresse Litauens nicht nur vereinbar sein, sondern sie müßten sogar als ihm förderlich gelten. Aber für Kowno-Litauen handelt es sich gleichzeitig darum, daß es ein Zuviel vermeidet. Ein Tor zu öffnen wäre Litauen, wie gesagt, bereit, ein Tor, das es überwachen und wovon es den Schlüssel in der Hand behalten kann. Aber die polnische Überflutung fürchtet es. Hiergegen wird es sich zu wehren suchen.

So ungefähr stellt sich für die hiesige Betrachtungsweise der Ausblick auf den Fortgang der polnisch-litauischen Angelegenheit dar. Welchen Platz hat darin nun die Wilnafrage und die verschiedene Beurteilung dessen, was die Genfer Resolution darüber aussagte? Nach der Warschauer Ansicht steht es damit so: da Woldemaras meint, die Völkerbundsresolution habe die Wilnafrage offengelassen, so wird er sich jederzeit berechtigt fühlen, sobald er die geplanten Verhandlungen mit Polen zu bremsen wünscht, diese grundsätzlich unlösbare, ja für Polen unerörterbare Frage in die Debatte zu werfen. Darauf käme natürlich sofort alles ins Stocken. Will die polnische Seite dieses Hindernis vermeiden, so muß sie — dies ist die weitere Folge — im Verhandlungsziel wie im Verhandlungstempo, sich allerentschiedenste Mäßigung auferlegen. Kann sie das? Wird sie das? Wenn nicht — so ist, kaum daß die jüngste Krise gerade noch haarscharf umgangen wurde, die nächste bereits zum Greifen nahe.



Dr. Sunila (Agrarpartei) ist vom finnländischen Präsidenten mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden.

Aus aller Welt.

Ermordung des italienischen Vizekonsuls in Odessa.

w **Odessa,** 28. Dez. Der italienische Vizekonsul Cozzio wurde von Räubern ermordet. Die Leiche wurde völlig ausgeplündert. Die Behörden haben Maßnahmen zur Ermittelung der Verbrecher eingeleitet.

Tod eines bekannten italienischen Sozialisten.

tu **Rom,** .. Dez. **(Tel.)** Vergangene Nacht starb in Rom der frühere sozialistische Abgeordnete Konstantin Lazzari im Alter von 70 Jahren. Lazzari war einer der Gründer der sozialistischen Partei und auch der erste Direktor des „Avanti".

Die mazedonische Krise.

tu **Belgrad,** 29. Dez. Wie aus Beroyo gemeldet wird, ist in der unmittelbaren Nähe der bulgarischen Grenze von einer jugoslawischen Gendarmeriepatrouille ein Kurier, welcher direkt von dem Zentralkomitee der mazedonischen Organisation nach Jugoslawien delegiert war, verhaftet worden. Bei ihm wurden gewisse Dokumente aufgefunden, welche er über die Grenze bringen wollte. Der Kurier gestand, daß er ein Mitglied der Organisation des Generals Pretogerow sei und den Auftrag hatte, gewisse Dokumente an vertrauliche Persönlichkeiten aus Mazedonien hinüberzubringen.

Nachspiel zum rumänischen Studentenprozeß.

tu **Bukarest,** 28. Dez. **(Tel.)** Der Präsident des rumänischen Studentenverbandes, Popescu, hat in einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Tartarescu auf die nachteiligen Folgen des Urteils im Studentenprozeß hingewiesen. Tartarescu drohte, die ganze Studentenbewegung gewaltsam zu unterdrücken, falls neue Unruhen entstehen sollten. 40 noch in Haft befindliche Studenten wurden auf Bitten Popescus freigelassen. Der „Cuvantul" verlangt in einem Artikel nach der Bestrafung der Studenten auch die Bestrafung der moralischen Urheber, namentlich der Minister.

Vor der Verfassung eines elsässischen Pastors.

tu **Paris,** 29. Dez. **(Tel.)** Der „Matin" meldet aus Straßburg, daß gewisse Dokumente, die bei den Haussuchungen der letzten Tage in Elsaß-Lothringen vorgefunden wurden, die Verhaftung des bekannten Autonomistenführers, Pastor Hirtzel, aus Ernoldsheim, veranlassen dürften. Es scheine nunmehr erwiesen zu sein, daß die „Zukunft" durch seine Vermittlung bedeutende Geldsummen aus Deutschland erhalten hat. (?) Hirtzel habe wiederholt verdächtige Reisen nach Tübingen unternommen, die angeblich nur akademischen Charakters gewesen sein sollen.

Persischer Protest gegen den Vertrag zwischen Großbritannien und Hedschas.

♂ **Genf,** 28. Dez. **(Tel.)** Das Völkerbundssekretariat hat ein vom 23. November datiertes Schreiben des persischen Außenministers erhalten, worin die persische Regierung unter Berufung auf den Artikel 10 des Völkerbundspaktes (Gebietsschutz) gegen den Artikel 6 des Vertrages zwischen Großbritannien und dem Könige von Hedschas, Ibn Saud, vom 20. Mai 1927 protestiert. In diesem Vertrage wird über mehrere arabische Gebiete, darunter auch die Bahrein-Inseln, disponiert. Persien erklärt diese Inseln als persischen Besitz und beruft sich auf eine gleiche Anordnung aus dem Jahre 1869.

Der gleiche Protest ist tags vorher dem englischen Gesandten in Teheran übergeben worden.

Aus den Provinzen.

♪ **Brochterbeck,** 29. Dez. (Brand.) Am 1. Weihnachtstage brannte das altertümliche Wohnhaus des Gastwirts Wilhelm Storch nieder. Die Freiwillige Feuerwehr entfaltete gleich eine rege Tätigkeit, so daß die Nachbargebäude besonders Wohnhaus und Wirtschaftsräume des Herrn Vornbäumer, die in großer Gefahr standen, unversehrt erhalten blieben. Aus dem ersten Stock konnte das Eingut in Sicherheit gebracht werden, dagegen wurden alle Möbel der Dachkammern ein Raub der Flammen.

♪ **Lütgendortmund,** 28. Dez. (Beerdigung der Opfer von Zeche Neu-Iserlohn.) Unter großer Beteiligung fand heute nachmittag die Beisetzung der 6 Verunglückten auf der Zeche Neu-Iserlohn statt. Alle Wege zur Zeche waren dicht gefüllt von Menschen. Ein unübersehbarer Trauerzug begleitete die sechs Knappen auf der letzten Fahrt. Am Marktplatz in Lütgendortmund teilte der Zug sich. Die vier evangelischen Knappen kamen nach dem evangelischen Kirchhof, während die anderen zwei zum katholischen Friedhof kamen. An dem Grabe der evangelischen Knappen sprach Pfarrer Nolting. In tief ergreifenden Worten rief er noch einmal in den Zuhörern das tragische Ende der Verunglückten nach und wies besonders darauf hin, daß dieses Unglück gerade in die frohe Weihnachtsstimmung gefallen sei. Nicht nur die Zechenverwaltung, sondern auch die Arbeitskameraden und die ganze Gemeinde ständen trauernd am Grabe. Ebenso ergreifend gestaltete sich die Feier auf dem katholischen Kirchhof. Hier sprach Pfarrer Blesser trostreiche Worte für die Hinterbliebenen. Auch er wies auf den großen Schicksalsschlag für die Familien gerade in dieser Weihnachtszeit hin. Vorträge der kirchlichen Gesangvereine umrahmten die Trauerfeier. Nur langsam leerten sich die beiden Friedhöfe von den großen Menschenmengen.

Brilon, 28. Dez. Zwei Pferde durch elektrischen Strom getötet. Die beiden Pferde des Amtmanns Mund hierselbst hatten die im Stalle befindliche Lichtstromleitung zerbissen und waren dann vom elektrischen Strom getötet worden. Als der Sohn des Amtmanns den Stall betrat, fand er beide Pferde tot am Boden liegen.

♪ **Uedem,** Kreis Cleve, 28. Dez. (Blutiger Zusammenstoß mit Wilderern.) An einem der letzten Abende hörten mehrere Jagdberechtigte im Uedemerbruch gegen 10 Uhr, wie in ihrem Jagdgebiet verschiedene Schüsse fielen. Mit dem Hegemeister Fromm, der schnell verständigt wurde, nahmen sie sofort die Verfolgung der Wilddiebe, um die es sich nur handeln konnte, auf. Um 3 Uhr nachts stießen sie dann auch mit den Wilderern zusammen. Da die Wilddiebe trotz wiederholten Anrufs nicht stehen blieben, gaben die Jäger mehrere Schüsse ab, doch gelang es den Wilddieben im Dunkel der Nacht zu entkommen. Ein Oberlandjäger aus Uedem nahm nun mit einem Polizeihund die weitere Verfolgung auf. Der Hund verfolgte die Spur bis zur Wohnung des Landwirts K. im Uedemerbruch, wo der Oberlandjäger den Sohn Theodor im Bett liegend antraf, wobei dieser vergeblich eine schwere Schußwunde am Bein zu verdecken suchte. Als zweiter Täter wurde dann noch der Landwirt Joh. J. ermittelt, der ebenfalls angeschossen war. Ein herbeigerufener Arzt stellte bei beiden Wilddieben zum Teil sehr schwere Verletzungen fest. Bei einer Haussuchung wurden Flinten, Patronen und zwei erbeutete Hasen gefunden. — Die Wilderer jagten meist nachts mit sogenannten „Lichtbacks", durch deren Gebrauch sie meist gute Beute machten.

♪ **Aachen,** 28. Dez. (Päpstliche Auszeichnung.) Auf Antrag des Erzbischofs Kardinal Dr. Schulte hat Papst Pius XI. dem Vorsitzenden der Aachener Zentrumspartei, Stadtverordneten Erich Lingens, zum Ritter des Ordens vom Hl. Sylvester ernannt.

♪ **Heidelberg,** 28. Dez. (Schwere Gasvergiftungen.) Als am Weihnachtstage in dem Zementwerk im benachbarten Leimen ein Arbeiter nach einem verstopften Schneckengetriebe in einem Silo sehen wollte, und nicht mehr zurückkehrte, ging sein Schwager ihm nach und kehrte gleichfalls nicht zurück. Auch eine dritte Person, die hinterher geschickt wurde, blieb aus. Nach Abstellung der Maschine fand man die drei Männer besinnungslos im Silo liegend auf. Der erste, ein verheirateter Arbeiter aus Schatthausen, war bereits tot. Die beiden anderen wurden schwer erkrankt ins Heidelberger akademische Krankenhaus gebracht. Die Vergiftung ist durch Ofengase verursacht worden.

Die Wohnungsnot in Dortmund.

♪ **Dortmund,** 28. Dez. Nach dem Stande des Wohnungsmarktes am 31 Oktober 1927 fehlen in Dortmund 7258 Wohnungen mit 20 885 Räumen. Im Jahre 1926 sind mit Hauszinssteuerhypotheken errichtet worden. Im Jahre 1927 sind mit Hauszinssteuerhypotheken finanziert worden 542 Wohnungen privater Bauunternehmer, 959 Wohnungen von Baugesellschaften, 4 von Kirchengemeinden, insgesamt 1505 Wohnungen. Ferner sind 170 Wohnungen voll finanziert worden, so daß die Zahl der im Rechnungsjahre 1927—28 finanzierten Wohnungen auf 1675 anwächst. Das städtische Hochbauamt errichtet Kleinwohnungen, und zwar 123 zwei- und 10 dreiräumige an der Schützenstraße, 60 zwei- und 18dreiräume an der Clausthaler- und Bergmannstraße, 27 zweiräumige an der Scharnhorststraße, und je 51 zweiräumige und dreiräumige an der Stollenstraße. Außerdem sind 125 Barackenwohnungen gebaut, und zwei am Leierweg 88 und am Hoheweg 37. Dazu kommen noch etwa 350 Notwohnungen. Dieser umfassende Wohnungsbau hat die Wohnungsnot nicht beheben können. Außer Barackenbauten ist der Bau von weiteren Kleinwohnungen geplant. Als Anteil an der staatlichen Hauszinssteuer für Wohnungsbau stehen 4 000 000 Mk., aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds 300 000 Mark zur Verfügung. An der Uhlandstraße werden in Kürze 200 Kleinstwohnungen in Angriff genommen werden. Die Stadtverwaltung ist bemüht, die Wohnungsnot nach Kräften zu mildern.

Handel und Volkswirtschaft.

Industrie und Handel im Jahre 1927.

w **Berlin,** 28. Dez. **(Tel.)** Die Industrie- und Handelskammer Berlin veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1927. In dem Bericht heißt es: Das Jahr 1927 kann im allgemeinen als ein Jahr guter Beschäftigung von Industrie und Handel, bei freilich nur mäßigen Gewinnerträgen gekennzeichnet werden. Alle Merkmale lassen mit seltener Einhelligkeit ein kräftiges Ansteigen der Beschäftigung in der deutschen Volkswirtschaft erkennen. Die innere Kapitalbildung hat außerordentliche Fortschritte gemacht. In der Frage, wo die vermehrte Produktion ihren Absatz gefunden habe, wird festgestellt, daß das Ausland nur wenig beigetragen habe, da die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten durch den hohen Stand der inländischen Preise ausgeschaltet wurde. Während vom Ausland Impulse zur Aufwärtsbewegung nicht kamen, erwies sich das Inland als der eigentliche Träger der Beschäftigungskonjunktur, die das Jahr 1927 gebracht hat. In der Frage der Verbilligung der Verwaltung in Staat und Gemeinden wird bemerkt, daß durch Einschränkung von Beamtenstellen, durch technische Verbesserungen der Verwaltung, durch Einführung kaufmännischer Methoden, Ersparnisse erzielt werden konnten, die 150 Millionen oder 1,25 Prozent der Gesamtausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden betragen. Wesentlich höher wären die Ersparnisse, wenn die historisch gewordene Teilung der öffentlichen Gewalten in Deutschland als etwas nicht Unabänderliches angesehen würde. Der Jahresbericht schließt mit der Feststellung, daß Industrie und Handel in ihrer inneren Verfassung gesund und von der Krankheit vergangener Jahre befreit zum rüstigen Vorwärtsschreiten befähigt sind.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen		28. Dez. (in Reichs-Mark) Geld	Brief	29. Dez. (in Reichs-Mark) Geld	Brief
Holland	100 Gulden	169.10	169.44	169.13	169.47
Argentinien	1 Pap.-Peso	1.786	1.790	1.787	1.791
Brüssel	100 Belga	58.465	58.585	58.50	58.62
Norwegen	100 Kronen	111.26	111.48	111.29	111.51
Dänemark	100 Kronen	112.11	112.33	112.13	112.35
Schweden	100 Kronen	112.91	113.13	112.92	113.14
Finnland	100 fin. Mark	10.519	10.539	10.52	10.54
Italien	100 Lire	22.055	22.105	22.075	22.115
London	1 Pfund	20.403	20.446	20.412	20.454
Amerika	1 Dollar	4.179	4.187	4.179	4.187
Frankreich	100 Franken	16.455	16.495	16.45	16.50
Schweiz	100 Franken	80.84	81.00	80.84	81.00
Spanien	100 Peseta	69.73	69.87	69.93	70.07
Tokio	1 Yen	1.950	1.954	1.948	1.952
Rio de Janeiro	1 Milreis	0.505	0.507	0.505	0.507
Wien	100 Schilling	59.07	59.19	59.04	59.16
Prag	100 Kronen	12.388	12.408	12.388	12.408
Jugoslavien	100 Dinar	7.388	7.402	7.388	7.402
Ungarn	100 Pengo	73.14	73.28	73.16	73.30
Bulgarien	100 Leva	3.022	3.028	3.024	3.030
Lissabon	100 Escudo	20.55	20.69	20.58	20.62
Danzig	100 Gulden	81.61	81.77	81.64	81.80
Konstantinopel	1 türk. Pfund	2.167	2.171	2.170	2.174
Athen	100 Drachm.	5.594	5.606	5.594	5.606
Canada	1 Dollar	4.172	4.180	4.173	4.181
Uruguay	1 Peso	4.326	4.334	4.326	4.334
Kairo	100 Piaster	20.936	20.976	20.939	20.979

Ostdevisen.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Bukarest Geld 2,581, Brief 2,593; Warschau 46,83—47,03; Kattowitz 46,875—47,075; Posen 46,85 bis 47,05; Riga 8,053—8,087; Reval 112,25—112,45; Kowno 41,51 bis 41,69; Polen groß 46,675—46,075; Estland 111,10—112,10; Litauen 41,33—41,67.

Weitere Befestigung der Tendenz an der Börse

Starkes Überangebot an täglichem Geld.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Die Befestigung der Tendenz machte weitere Fortschritte, obwohl die Arbeitslosenziffer wieder auf über eine Million angewachsen ist und die Lage am Börsengeldmarkt unverändert angespannt blieb. Für die Haltung der Börse kamen diese Gesichtspunkte aber weniger in Frage, da der Ultimo als überwunden galt und der Arbeitslosenbewegung ein saisonmäßiger Charakter beigelegt wurde. Man betonte vielmehr, daß in dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer von einem Abgleiten der Konjunktur keine Rede ist und ein optimistischer Ausblick gegeben wird. Das Geschäft beschränkte sich allerdings auf einige Spezialmärkte, von denen Montanaktien, Kaliwerte, J. G. Farbenindustrie, Elektrizitätswerte und verschiedene Einzelpapiere, besonders beachtet waren. Die Aktien der Maximilianshütte, die mit 193 einsetzten und gestern noch 187 notierten, zogen noch in der ersten Stunde auf 203 an. Am Montanmarkt beobachtete man lebhaftere rheinische Käufe, während das Ausland etwas Interesse für Elektrizitätsaktien, besonders Siemens, zeigte.

Am Geldmarkt war die Lage durch ein starkes Überangebot an täglichem Geld gekennzeichnet, das offiziell mit 5,5—7,5, für erste Adressen aber mit 5 Prozent und darunter angeboten war. Monatsgeld und Geld auf einige Tage über den Ultimo wurde dagegen lebhaft gesucht bei einem Einsatz von 9—10 Prozent. In bankgirierten Warenwechseln fanden keine nennenswerten Umsätze statt, da das Material wegen der hohen privaten Sätze (zirka 7½—7,5) überwiegend zur Reichsbank floß.

Am Devisenmarkt zog der Dollar in Berlin auf 4,1852 (vormittags 4,1862) an. Spanien befestigt, London-Madrid 29,22. Der Usancenhandel war sonst sehr ruhig, London-Mailand 92,47. London-Paris 124,02½. Kabel Newyork-London 4,8835. London-Berlin 20,43¾.

Im einzelnen war das Kursniveau bei Beginn der Börse fast einheitlich um 1—3 Prozent befestigt. Darüber hinaus gewannen Deutschatlantische Telegraphen auf günstige Abschlagshoffnungen 6,5, Schultheiß 4, Ostwerke 6, Holzmann 4, Zellstoff-Waldhof bei lebhaftem Geschäft 6, Vereinigte Glanzstoff 6, Continentale Caoutchouc 4, Dessauer Gas 4, Schubert u. Salzer 5, Salzdethfurt 5, Kali Aschersleben 5,5 Prozent. Montanaktien 2—5 Prozent höher, insbesondere Köln-Neuessen, Klöckner, Mannesmann, Mansfelder. Elektrowerte 1—2,5 Prozent freundlicher. J. G. Farbenindustrie 278 nach 274,75. Auch sonstige chemische Werte wesentlich gebessert. Maschinenfabriken gesucht. Lorenz plus 6, Schiffahrtsaktien ruhiger und zirka 1—1,5 Prozent höher. Von Banken gewannen Reichsbank-Anteile 3, Mitteldeutsche Kredit 4,5. Neubesitzanleihe plus ¾ Prozent. — Nach Festsetzung der ersten Kurse traten auf allen Marktgebieten neue Kurserhöhungen ein.

Im weiteren Verlauf fanden per Medio Januar zunächst weitere Rückkäufe der Spekulation statt. Die Kurserhöhungen setzten sich daher fort, vornehmlich für Spezialpapiere. Siemens plus 2, Stolberger Zink plus 10. Bei spekulativen Käufen im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Zinkverständigung, die als weiterer Schritt auf dem Wege zum internationalen Zinksyndikat angesehen wurde. In der Mitte der zweiten Stunde trat dann allgemein Verkaufsneigung ein, weil insbesondere einige Großbanken, die stärkere Interventionen hatten, das erhöhte Kursniveau zu Abgaben benutzten. Auch andere Effektenbesitzer nahmen Gewinnrealisationen vor. Trotz der leichten Kursabschwächungen auf Grund dieser Verkäufe blieb aber die Grundstimmung zuversichtlich. Privatdiskont unverändert 7 Prozent.

An der Nachbörse konzentrierte sich das Interesse auf dem Bankenmarkt, wo die Kurse durchweg anzogen.

Warenmärkte.

Dortmunder Getreidebörse.

tu **Dortmund,** 29. Dez. Inländischer Weizen 24,75; inländischer Roggen 24,50; Pommerscher Weißhafer 25,25—26; Ausländischer Weizen 29,50—32; ausländischer Roggen 27,50—28,50 ausländischer Hafer 25—27; ausländische Gerste 23,75—24,50; Platamais 21,50; Cinquantino Mais 22; Bäckermehl 35,50 bis 35,75; Roggenmehl 35,50—36; Ostdeutsches Roggenmehl 34 bis 34,50; Weizenkleie 15—16; Trockenschnitzel 13—14; Zuckerschnitzel 18,50 RM. Diese Preise sind Großhandelspreise und verstehen sich pro 100 Kilogramm waggonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 000 Kilo. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Bei sehr kleinem Angebot in guten Brotgetreide-Qualitäten und etwas höheren überseeischen Notierungen entwickelte sich die Tendenz wiederum allgemein etwas fester. Für Loko-Ware hörte man noch verhältnismäßig unveränderte Preise; für Lieferung dagegen Steigerungen von durchweg einer Mark. Dezember-Roggen war nur wenig über gestrigem Schluß erhöht, da hier wohl die Abgeber williger werden. Hafer stetig. Für erstklassige gesunde Sorten zahlt der Konsum Aufgelder. Gerste verhältnismäßig still. Mehle ruhig.

Die amtlich notierten Preise in Reichsmark ab Station betrugen: Weizen märk. 233—236 still; Dez.-Lief. 263,5 Brief; März-Lief. 273,75. Mai-Lief. 276; Roggen märk. 236—239 fester; Dez.-Lief. 267; März-Lief. 263,5—264; Mai-Lief. 220—265 ruhig; Hafer märk. 201—211 ruhig; Dez.-Lief. 228 und Brief; März-Lief. 227,5 bis 228 und Geld; Mai-Lief. 236,25 und Geld; Mais loko Berlin 215 bis 217 still; Weizenmehl 30,75—34 behauptet; Roggenmehl 31,4—33,9 fest; Weizenkleie 15 still; Roggenkleie 15 still. Raps 345—350 ruhig; Viktoriaerbsen 51—57; kleine Speiseerbsen 32—35; Futtererbsen 21 bis 22; Peluschken 20—21; Ackerbohnen 20—21; Wicken 21—24; Lupinen blaue 14—14,75; Lupinen gelbe 15,7—16,1; Rapskuchen 19,7—19,8; Leinkuchen 22,4—22,6; Trockenschnitzel 12,2—12,4; Sojaschrot 21,2—21,8; Kartoffelflocken 24—24,2.

Kartoffelerzeugerpreise.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Des Frostes wegen konnten die Notierungen der Kartoffelerzeugerpreise nicht erfolgen.

Magdeburger Zucker.

tu **Magdeburg,** 29. Dez. **(Tel.)** Weißzucker einschließlich Sack und Verbrauchssteuer für 50 Kg. brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg: Innerhalb zehn Tagen: —; Rohzuckermelasse 4,85. Tendenz: still.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen,** 29. Dez. **(Tel.)** Loko: 21,79.

tu **Bremen,** 29. Dez. **(Tel.)** Terminanfangskurse: Dezember —; Januar 21,05—21,10; März 21,22—21,24; Mai 21,40 bis 21,42; Juli 21,38—21,39; Oktober 20,64—20,68. Tendenz: stetig.

tu **Liverpool,** 29. Dez. **(Tel.)** Eröffnung: Dezember —; Januar 10,51; März 10,52; Mai 10,52; Juli 10,47; Oktober 10,11. Tendenz: ruhig.

Metallnotierungen.

tu **Berlin** 29. Dez. **(Tel.)** Kupfer: Dezember Geld 124, Brief 126; Januar Geld 124,5, Brief 125; Februar Geld 124,75, Brief 125, März Geld 124,75, Brief 125; April Geld 124,75, Brief 125; Mai Geld 124,75 Brief 125; Juni Geld 125, Brief 125; Juli Geld 125, Brief 125, August Geld 125,25, Brief 125,5; September Geld 125, Brief 125,5. Oktober Geld 125,25, Brief 125,5; November Geld 125,25, Brief 125,5. Tendenz: lustlos. Blei: Dezember Geld 44,5, Brief 45,25, Januar bez. 45, Geld 45, Brief 45,25; Februar Geld 45, Brief 45,25. März bez. 45,25, Geld 45,25, Brief 45,5; April Geld 45,25, Brief 45,5. Mai bez. 45,75, Geld 45,5, Brief 45,75; Juni Geld 45,5, Brief 45,75; Juli Geld 45,5, Brief 46; August bez. 46, Geld 45,75, Brief 46. September Geld 45,75, Brief 45; Oktober Geld 46, Brief 46,25. November Geld 46, Brief 46. Tendenz: befestigt. Zink: Dezember Geld 52,5, Brief 54,5. Januar Geld 52,5, Brief 54; Febr. Geld 52, Brief 53,75; März Geld 52, Brief 53; April Geld 52, Brief 53; Mai Geld 52, Brief 52,75; Juni Geld 52, Brief 52,5; Juli Geld 52, Brief 52,5. August Geld 52, Brief 52; September Geld 52, Brief 52; Oktober Geld 51,75, Brief 52,25; November Geld 51,75, Brief 52,25. Tendenz: lustlos.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Elektrolytkupfer 135; Original Hüttenaluminium 210; desgleichen in Walz- oder Drahtbarren 214; Reinnickel 350; Antimon Regulus 95—100; Fein-Silber 79—80.

tu **Berlin,** 29. Dez. **(Tel.)** Gold 2,82; Silber 0,078; Platin 8,50.

Viehmärkte.

Münster, 29. Dez. Der heutige Viehmarkt war beschickt mit 62 Pferden und Fohlen aller Gattungen und 402 Schweinen. Der Handel war in Pferden mittel und in Schweinen mittel. Es kosteten: a) Warmblutpferde, beste Arbeitspferde und Stuten 700—850 RM., Arbeitspferde 300—600 RM., 200—350 RM. b) Kaltblüter, beste Arbeitspferde und Stuten 700—850 RM., Arbeitspferde 450—650 RM., 250—400 RM. c) Kreuzungen, beste Arbeitspferde und Stuten 600—850 RM., Arbeitspferde 300—550 RM., 250—375 RM. Kaltblutfohlen, zweijährige 400—550 RM. Ponys kosteten 200—450 RM. Einzelne Pferde wurden über Notiz bezahlt. Schlachtpferde bis 200 RM. Ferkel kosteten je Woche 1,50 RM. Besucherzahl 500. Der nächste Viehmarkt findet am 17. Januar 1928 statt.

tu **Dortmund,** 29. Dez. **(Tel.)** Zum heutigen Zucht- und Nutzviehmarkt waren aufgetrieben: 565 Stück Großvieh, 121 Schweine, 34 Kälber. Es kosteten Kühe 325—700, Rinder 250—500 Mk. Einzelne ausgesuchte Tiere wurden über Notiz bezahlt. Geschäftsgang: mittel. Am Schweinemarkt war der Handel sehr langsam. Es kosteten Ferkel im Alter von 6—8 Wochen 10—15, von 8—10 Wochen 15—25 Mk., von 10—12 Wochen 25—38 Mk. — Der nächste Markt findet am 4. Januar 1928 statt.

tu **Osnabrück,** 29. Dez. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 41, Kälber 103, Schweine 69, Schafe 3. Marktverlauf: Großvieh mittel, Kälber mittel, Schweine mittel, Schafe mittel. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in Reichsmark: Bullen a) 53—56, b) 46—50, c) 40—45; Kühe a) 50—52, b) 45—49, c) 38—44, d) 30—37; Kälber (Doppel ender) a) 98—110, b) 80—83, c) 70—79, d) 56—69; Schweine a) 55—56, b) 53—54 c) 51—52, d) 41—50; Sauen 45—53. Nächster Viehmarkt am 5 Januar

Lehrte i. Hann., 28. Dez. Auftrieb: 981 Stück Ferkel und Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität): 6—8 Wochen alt 9—13 Mark, 8—12 Wochen alt 14—20 Mark; Läuferschweine: 3—4 Monate alt 21—30 Mark, 4—6 Monate alt nicht notiert. Marktverlauf: Geringer Zufuhr entsprechend etwas reger als bisher.

tu **Husum,** 29. Dez. **(Tel.)** Ferkel: Auftrieb 100. Tendenz: Infolge Fehlens auswärtiger Käufer flau. Preise: beste Ware 13—15; mittlere Ware 9—11; geringe Ware 5—8, nach Gewicht 30—40; Jungschweine —.

Generalversammlung des Westfälischen Bauernbundes.

vk Münster, 29. Dezember.

Im großen Saale des katholischen Gesellenhauses fand heute vormittag die Generalversammlung des Westfälischen Bauernbundes statt. Außer den Mitgliedern war eine große Anzahl geladener Gäste erschienen, die vom Bundesvorsitzenden A. Münsterweg-Nordwalde aufs herzlichste begrüßt wurden. Der Redner entwickelte sodann in seiner Ansprache das Programm des Bundes. Oberpräsident Gronowski erklärte, daß er die Bestrebungen des Bundes im Sinne der Volksgemeinschaft für den Bauernstand tätig zu sein, unterstütze, und sprach seinen besonderen Dank für das offene Bekenntnis zum heutigen Staat aus. Im Anschluß daran hielt der preußische Wohlfahrtsminister Dr. h. c. Hirtsiefer einen Vortrag über das Thema: „Bauer und Volksgemeinschaft", worin er eine engere Zusammenarbeit der Stände forderte und die Grundlinien seiner Arbeit im Volkswohlfahrtsministerium aufzeichnete. Über „Wege und Ziele bäuerlicher Steuerpolitik" verbreitete sich der zweite Referent Dr. Lünenborg-Burgsteinfurt.

Die Vorträge, an die sich eine ausgedehnte Aussprache schloß, in der u. a. der Präsident des Landesfinanzamts Dr. Runge, Rektor Dr. Borholt-Meschede, sowie Regierungsrat Abg. Dr. Hagemann-Osnabrück, zu Worte kamen, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Wir werden über den Verlauf der Versammlung in der ersten Freitag-Ausgabe eingehend berichten.

Vermischtes.

* ♪ **Ein „geschäftstüchtiger" Pariser Arzt verhaftet.** Paris, 29. Dez. Der Pariser Arzt Dr. Josef Liot ist von der Polizei nach längerer Beobachtung verhaftet worden. Liot verabreichte seinen Patienten verschiedene giftige Einspritzungen, um sie dadurch für langwierige und sehr kostspielige Entgiftungskuren an seine Klinik zu fesseln.

* **Sieben Tote durch vergifteten Alkohol.** Winnipeg, 28. Dez. Infolge Genusses vergifteten Alkohols sind gestern in Winnipeg sieben Personen gestorben, davon fünf im Chinesenviertel.

* ○ **Die Bombenanschläge in Buenos Aires.** Buenos Aires, 29. Dez. **(Tel.)** Die 70 Personen, die nach den Explosionen in den beiden Banken am 24. Dezember verhaftet waren, sind nach Verhör sämtlich auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

* **Oskar von Miller legt das Ehrenpräsidium der Münchener Ausstellung „Heim und Technik" nieder.**

○ **München,** 28. Dez. Nachdem der Münchener Stadtrat eine Verschiebung der Ausstellung „Heim und Technik" auf das Jahr 1929 ablehnte und die Eröffnung für Juni 1928 beschloß, hat sich der Organisator der Ausstellung, Oskar von Miller, veranlaßt gesehen, sein Amt als Ehrenpräsident der Ausstellung niederzulegen, da die Vorbereitungen der Ausstellung durch unliebsame Differenzen monatelang verzögert wurden und der im September bereits beschlossene Bau einer neuen Ausstellungshalle heute noch nicht begonnen ist. In seinem Rücktrittsschreiben betonte Exzellenz von Miller, daß die Ausstellung wohl für die speziellen Interessen der Stadt München genüge, und die meisten Besucher befriedigen würde, doch durch die starke Einschränkung wohl kaum eine technische Umwälzung der Haushaltungen herbeiführen werde, was das Ziel seiner Anregungen und Bemühungen gewesen sei. Da es ihm nicht richtig erscheine, daß sein Name mit einem Unternehmen verknüpft werde, das seinen Bestrebungen nicht entspreche, so bitte er, von seiner beabsichtigten Wahl zum Ehrenpräsidenten der Ausstellung absehen zu wollen.

„Roter Tannenbaum".

Bolschewistische Bekämpfung des Weihnachtsfestes.

Aus Moskau schreibt der Vertreter des Hamburger Fremdenblattes unterm 23. Dezember:

Die Weihnachts- und Osterfest-Erfahrungen der letzten Jahre, die bei überfüllten Kirchen die unverminderte kirchliche Gläubigkeit weiter russischer Volksschichten bewiesen, haben die Bolschewiki zu einer Verschärfung der antireligiösen Propaganda veranlaßt. Besonders beim diesjährigen Weihnachtsfest gehen sich die Zweigvereine der allrussischen Gesellschaft „Der Gottlose" größte Mühe, um die Bevölkerung von den Kirchen wegzulocken und ihr die Freude am Christfest zu verderben. So spielen wohl zum ersten Male fast es russischen Theater gibt, auch am Heiligenabend und an den beiden Feiertagen sämtliche Schauspielhäuser auf höheren Befehl — sehr zum größten Ärger der Schauspieler und Theaterarbeiter! Ferner finden zahlreiche sportliche und andere gesellschaftliche Veranstaltungen statt, die gleich den karnevalistischen Umzügen auf den Eisbahnplätzen der Lächerlichmachung der Religion gewidmet sind. In den Fabriken und Kasernen und durch Radio werden antireligiöse Versammlungen und Vorträge veranstaltet. Das famose Verbot des Verkaufs von Weihnachtsbäumen, das im Vorjahre einfach nicht durchgeführt werden konnte, hat man nicht erneuert; man bemüht sich sogar diesmal, den Weihnachtsbaum unter der Marke „Roter Tannenbaum" in den Dienst der bolschewistischen „Religion" zu stellen: In allen Kindergärten und Kinderbewahranstalten sollen unter dem vom Sowjetstern gekrönten Lichterbaum Kinderfeste veranstaltet werden mit Geschenken, Spielen, Liedern — kurz, ganz nach dem alten Rezept. Ob die antireligiöse Bewegung durch all diese kramphaften Anstrengungen gefördert wird oder ob sie sich etwa dadurch ein öffentliches Armutszeugnis ausstellt — diese Frage scheinen sich die hiesigen Unentwegten nicht vorgelegt zu haben.

Kirchliches.

Zwei chinesische Märtyrer.

Der chinesische Priester Josef Hou und sein Katechist Lo-si-li, die am Ostermittwoch dieses Jahres zu Wanan in der Provinz Kiangsi hingerichtet wurden, sind Märtyrer in der vollsten Bedeutung des Wortes. Die Berichte über ihren Heldentod lesen sich wie die Märtyreraften der Urkirche.

Lange hatten die Christen, den Mahnungen des Priesters folgend, die Belästigungen und Herausforderungen aufgehetzter Studenten und des Pöbels ertragen. Am Ostersonntag und Ostermontag wurde das christenfeindliche Treiben schlimmer und gefährlicher. Das Gesindel drang schon bis zur Wohnung des Priesters vor. Jetzt setzten sich die Christen zur Wehr. Der Streit, der entstand, pflanzte sich auf den Straßen fort. Im Handgemenge erhielt ein Student von unbekannter Seite einen Messerstich. Sobald Josef Hou davon erfuhr, lud er den Vater des nicht allzu schwer Verwundeten zu sich ein, um alles in Güte beizulegen, und da dieser nicht erschien, begab er sich zur Polizei, um den Sachverhalt darzulegen. Auf dem Wege fiel er den Studenten in die Hände. Sie fesselten ihn und hingen ihr mit Stricken zum allgemeinen Gespött auf der öffentlichen Schaubühne stundenlang auf. Das gleiche geschah mit dem Katechisten, den man irgendwo aufgegriffen hatte. Am Nachmittag dieses Ostermontags wurden beide gefesselt und, von einer johlenden Menge begleitet, auf Booten zur nächsten Gerichtsstadt Wanan gebracht. Spät in der Nacht traf man hier ein. Beim Verhör am Dienstag bekeuerten beide ihre völlige Unschuld. Darauf wurde der Priester entkleidet und erhielt 50 Stockschläge so heftig, daß das Blut den Umstehenden ins Gesicht spritzte. Eine ähnliche, vielleicht noch schlimmere Behandlung wurde dem Katechisten zuteil. Beide, unfähig zu gehen, wurden in den Kerker zurückgetragen. Das Todesurteil wurde gesprochen und von der Behörde der Hauptstadt sofort gutgeheißen. Am Ostermittwoch fand die Hinrichtung statt. Der Priester fehte den Richter noch einmal um Gerechtigkeit an. Dieser riß unter höhnischen Worten mit eigenen Händen den Verurteilten die Kleider ab und ließ sie fesseln. Auf dem Gang zum Richtplatz bekete der Priester ohne Unterlaß, weshalb er verspottet und geschlagen wurde. Am Orte der Hinrichtung angekommen, warf er sich auf die Knie. Er wurde von zwei Kugeln getroffen, starb aber erst nach einigen qualvollen Stunden. Der Katechist wurde von zwei Kugeln nur schwer verwundet. Man begrub ihn lebendig bei vollem Bewußtsein. Da der Sarg nur leicht mit Erde bedeckt war, konnte man ihn noch lange wimmern hören. Am Tage vor der Hinrichtung konnte Josef Hou mit seinen gebundenen Händen noch einen kleinen

Änderung der Vorschriften für Versteigerer

Keine Vorbesichtigungen an Sonntagen. — Die Rechte der Sachverständigen. — Die Versteigerung von Kunstwerken.

Der Preußische Handelsminister hat die Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer vom 1902 geändert. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, erhält Ziffer 6 folgenden Zusatz: „Den Versteigerern ist es verboten, Vorbesichtigungen der zu versteigernden Gegenstände an den Sonn- und Festtagen sowie an den Werktagen zu einer Zeit, in der die offenen Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, zu veranstalten oder sich an der Veranstaltung solcher Vorbesichtigungen von Gegenständen, die einen wissenschaftlichen oder künstlerischen Wert haben, ausnahmsweise zulassen."

Ziffer 17 wird durch folgenden zweiten Absatz ergänzt: „Der Versteigerer ist ferner verpflichtet, den von der zuständigen Industrie- und Handelskammer bestellten und polizeilich bestätigten Vertrauensleuten, die von der Polizeibehörde zu ihrer Beratung, insbesondern auch bei der Überwachung einer Versteigerung, als Sachverständige herangezogen werden, den Aufenthalt in den für die Versteigerung bestimmten Räumen zu gestatten und ihnen dort auf Verlangen das Sammelheft und die Niederschrift über die Versteigerung zur Einsicht vorzulegen. Diese Sachverständigen sind ferner berechtigt, zu verlangen, daß ihnen über die Versteigerung und die damit zusammenhängenden Geschäftsvorgänge wahrheitsgetreu Auskunft erteilt und zu deren Nachprüfung Einsicht in die Geschäftsbücher gewährt wird. In Abwesenheit von Polizeibeamten haben die Sachverständigen ein schriftliches Ersuchen der Polizeibehörde bei sich zu führen und auf Verlangen vorzulegen. Polizeiliche Befugnisse, insbesondere das Recht zur Anwendung von Zwang, werden durch dieses Ersuchen nicht erteilt."

Ziffer 18 erhält folgenden letzten Absatz: „Übernimmt der Versteigerer die Versteigerung von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen, also von Gemälden, Holzschnitten, Zeichnungen, Bronzen, Kupferstichen, Radierungen, Kunstdrucken, Berliner, Sevres, Meißner, Wiener usw. Porzellanen, Gobelins, echten Teppichen, kunstgewerblichem Mobiliar u. a., desgleichen von Münzen, Autographen, Büchern und Briefmarken, so hat er gleichzeitig mit der Übersendung der Anzeige, des Auftrags und des Verzeichnisses der zu versteigernden Gegenstände sowie dessen Abschrift an die Ortspolizeibehörde (Ziffer 30, 31) der für den Ort der Versteigerung zuständigen Industrie- und Handelskammer eine Abschrift der Anzeige und des Verzeichnisses zu übersenden."

Diese Änderungen treten sofort in Kraft. Die nach dem letzten Absatz der Ziffer 6 vorgesehene Genehmigung kann geeigneten Firmen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs allgemein erteilt werden. Bei der Heranziehung der in Ziffer 17 bezeichneten Vertrauensleute ist darauf Bedacht zu nehmen, einer Gefährdung der geschäftlichen Interessen des Versteigerers durch gleichlaufende Geschäftsinteressen des Vertrauensmannes vorzubeugen.

Lose Blätter

Ein sonderbarer Kuhhandel.

Vor Eintritt der kalten Tage hatte sich in Altenhof bei Koburg ein Landwirt mit einer Kuh aufs Feld begeben, um noch ein kleines Stück Land zu pflügen. Da er etwas vergessen hatte, kehrte er nochmals nach Hause zurück, nachdem er seine Kuh an einen Baum gebunden hatte. Indessen kam ein Handwerksbursche des Weges, der an dem Tier Gefallen fand, es ins Dorf zurücktrieb und es dort an einen Metzger aus Koburg verkaufte. Der Handel wurde bei 50 Mark Anzahlung abgeschlossen und das Tier verladen. Just kam auch der bestohlene Landwirt des Weges und legte, da er seine eigene Kuh nicht erkannte, sogar beim Verladen bereitwillig Hand mit an. Erst als er den Baum leer fand, stieg ihm, wie man sagt, ein Seifensieder auf. Ins Dorf zurückgekehrt, traf er noch den Metzger, worauf sich der Vorgang aufklärte. Aber der Handwerksbursche war bereits verschwunden. Als der Landwirt nach Hause kam, überreichte ihm seine Frau einen Brief, den der Handwerksbursche abgegeben hatte. Es befanden sich darin 49 Mark und ein Zettel, auf dem der Dieb dem Landwirt mitteilte, daß er eine Mark für sich behalten habe um den Landwirt für seinen Leichtsinn zu strafen. Wie es der Zufall wollte, trafen sich anderntags der Landwirt und der Handwerksbursche im nahen Dorf Tambach. Das Wiedersehen war gar nicht unfreundlich, denn der Landwirt war entzückt über die Schlauheit und — Ehrlichkeit des Bruder Straubinger. Ja, die Versöhnung bei Speise und Trank ging sogar so weit, daß der Landwirt den Burschen in Dienst nahm, wo er zur Zufriedenheit beider noch heute ist.

Die böse Schwägerin.

Es war nicht die böse Schwiegermutter, wie sie immer in den Witzblättern geschildert wird, sondern die böse Schwägerin, die Schwester seiner Frau, die Herrn Martial Trinceton das Leben zur Hölle machte. Solange er „Poilu" im Kriege war, ging es ja, denn er fürchtete Kanonen und Gewehrkugeln weniger als die spitzen Worte der Schwägerin, und in dem Schützengraben konnte sie ihm ja zum Glück nicht folgen. Aber kaum kam der Friede und damit die Möglichkeit, zu Frau und Schwägerin in das gemeinsame Heim zurückzukehren, Herr Martial Trinceton deserierte kurz entschlossen und schlug sich nach Amerika durch. Dort lebte er bis vor kurzem und brachte es, da er fleißig, tüchtig und sparsam war, zu beträchtlichem Wohlstand. Aber endlich wurde doch die Sehnsucht nach dem „göttlichen Paris" gar zu stark in ihm, und er beschloß, in der Masse eines Stockamerikaners eine Reise dorthin zu wagen. Es ging auch alles gut, und er atmete die Heimatluft in vollen Zügen. Aber eines Tages ereilte ihn das Schicksal. Mitten im lebhaftesten Straßengewühle rannte er ausgerechnet der geliebten Schwägerin in die Arme. Diese erkannte ihn sofort und rief ihn beim Namen. Sein Leugnen und sein Wehren halfen nichts mehr. Vergebens gab er vor, kein Wort Französisch zu kennen, und berief sich auf seine Eigenschaft als Amerikaner und seinen englischen Namen, den er sich drüben natürlich zugelegt hatte — Mme. Vesfur ließ sich nicht täuschen, obgleich es keineswegs die Liebe war, die sie so scharfsichtig machte. Sie beeilte sich auch nicht etwa den nach so langer Zeit Wiedergefundenen in die Arme der liebenden Gattin zu führen, sondern sie ließ ihn vom nächsten Schutzmann verhaften. Jetzt kann Herr Martial Trincelon darüber nachdenken, warum er nicht lieber in Amerika geblieben sei und welche Freuden ihn nach Verbüßung seiner Strafe im Zusammenleben mit der liebevollen Schwägerin noch erwarten!

Ein kostbarer Hund.

Vor dem Gericht von Hollywood klagte vor einigen Tagen Edward Faust gegen den reichen Grundbesitzer Fred Cyrias, weil dieser auf ihn geschossen hatte, als er mit seinem Hunde an dem Hause des Cyrias vorüberging. Faust war unverletzt geblieben, während sein treuer vierfüßiger Begleiter durch einen Schuß tot niedergestreckt wurde. Vor Gericht verteidigte sich Cyrias damit, er habe geglaubt, Faust sei betrunken gewesen und habe ihn bedroht. Das Gericht wies aber seine Einrede als unbegründet ab und verurteilte ihn, 125 000 Dollar an Faust als Schadenersatz zu zahlen. Es muß dabei allerdings erklärend bemerkt werden, daß der unter dem Namen „Wer der Große" bekannte Hund des Faust ein vierbeiniger Filmstar war, der seinem Herrn das artige Sümmchen von 1000 Dollar in der Woche einbrachte.

Kardinäle, die Könige wurden.

Abgesehen von den vielen Kardinälen, die Päpste und so weltliche Herrscher im Kirchenstaate wurden, gibt es noch mehrere Kirchenfürsten, die durch Erbfolge europäische Throne bestiegen.

Im Jahre 1578 wurde Heinrich, Kardinal und Erzbischof von Evora, nach dem Tode seines Großneffen Sebastian, der im Kampfe gegen die Mauren fiel, König Heinrich I. von Portugal. Die Unruhen der Regierung waren aber zu groß für einen Mann von 78 Jahren, so daß der König und Kardinal bereits im Jahre 1580 starb.

Zehn Jahre später wurde Karl von Bourbon, Kardinal und Erzbischof von Rouen, von der katholischen Liga als König Karl X. von Frankreich gegen Heinrich von Navarra ausgerufen. Der unglückliche Kardinal wurde aber von Heinrich gefangen gehalten und starb im gleichen Jahre im Gefängnis.

Um dieselbe Zeit wurden zwei andere Kardinäle regierende Monarchen. Ferdinand von Medici als Großherzog von Toskanien (1585) und Erzherzog Albert von Österreich, erwählter Erzbischof von Toledo, als erster unabhängiger Beherrscher der spanischen Niederlande (1598). Beide Prinzen waren jung, und da sie trotz der hohen kirchlichen Würden keinem geweihten Stande angehörten, erbaten sie die Erlaubnis, den Kardinalshut zurückzugeben und zu heiraten. Die Geschichte spricht von ihnen als von zweien der fähigsten und gerechtesten Prinzen ihrer Zeit.

Johann Casimir, der König von Polen (1648—68) trat als junger Mensch in die Gesellschaft Jesu ein und wurde zwei Jahre später in das heilige Kollegium der Kardinäle aufgenommen (1645). Der unerwartete Tod seines Bruders Ladislaus IV. zwang ihn im Jahre 1648 den roten Hut mit der Königskrone zu vertauschen. Da er keine Weihen erhalten hatte, wurde auch ihm vom Papste die Eheerlaubnis erteilt. Nach einer sehr bewegten Regierung von 20 Jahren dankte er ab, zog sich nach Paris zurück und starb im Jahre 1672 als Abt von Saint Germain.

Der englische Kardinal Henry Stuart wurde de jure König, als sein Bruder, Prinz Karl, im Jahre 1788 starb. Er nahm auch später diesen Titel als Heinrich IX. stets in Anspruch, der auch auf seinem denkervollen Grabstein von Canova zu sehen ist.

Kreistagssitzung in Münster.

fr. **Münster**, 29. Dezember.

Der Kreistag des Landkreises Münster hielt heute im Kreishause eine Sitzung ab, die von den Abgeordneten fast vollzählig besucht war. Der Vorsitzende Landrat Graf von Westphalen eröffnete um 9,30 Uhr die Sitzung. Es wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Die Rechnung der Kreiskommunalkasse

des Landkreises Münster für das Rechnungsjahr 1926 schließt ab mit einer Einnahme von 1 992 409,67 RMk. und einer Ausgabe von 1 974 571,38 RMk., sodaß sich ein Bestand von 17 838,29 RMk. ergibt. Der Vorsitzende bittet, die Rechnung festzusetzen und dem Rechnungsleger Entlastung zu erteilen. Zugleich wird gebeten zu den vorgekommenen Überschreitungen des Voranschlages die Genehmigung zu erteilen, da sie unvermeidlich waren.

Der Kreistag nahm den Bericht zur Kenntnis und erteilte Entlastung.

Rechnungen der Sparkasse des Kreises Münster.

Die Bilanz für das Rechnungsjahr 1926 schließt ab mit 13 097 220,47 Mk. und hat folgendes Aussehen:

Aktiva. Kassenbestand: Hauptstelle 40 510,88 RMk., Nebenstellen 31 316,29; Annahmestellen 4 514,51; Reservefonds 80 716,72; Inkassoschecks 44 307,80; Wechsel 209 076,60; Postscheck Nebenstellen 10 914,12; Hauptstelle 27 267,16; Reichsbank 90 714,16; Landesbank 915 000,00; sonstige Banken Nebenstellen 10,15; Hauptstelle 14 72,36, eigene Wertpapiere: Staatspapiere 207 725,10; sonstige mündelsichere Papiere 823 728,00. Darlehen: Gemeindedarlehen Nebenstellen 9 000,00; Hauptstelle 749 893,00; Hypothekendarlehen auf städtische Grundstücke 201 202,97; Hauptstelle 3 554 143,52; auf ländliche Grundstücke, Nebenstellen 135 025,92; Hauptstelle 1 121 725,07; Bürgschafts- und Faustpfandarlehen, Nebenstellen 74 814,82; Hauptstelle 329 981,00; Nebenstellen 5 147,45; Hauptstelle 106 517,00; Darlehnszinsreste 88 497,01; Debitoren im Kontokorrentverkehr Nebenstellen 1 138 984,57; Hauptstelle 2 957 710,29; Immobilien der Hauptstelle und Nebenstellen 412 154,40; Mobilien 14 770 RMk.

Passiva. Spareinlagen mit täglicher Kündigung Nebenstellen 520 890,40; Hauptstelle 5 002 450,63; mit monatlicher Kündigung Nebenstellen 1 148 164,64; Hauptstelle 3 649 226,49; Einlagen im Scheck- und Kontokorrentverkehr, Nebenstellen 264 101,16; Hauptstelle 1 713 324,26; Landesbank 849 580,84; Reservefonds Bestand per 31. 12. 1926 276 862,92; Gewinn 72 618,13 Mk.

Nachstehend die Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1926, deren Endsumme sich auf 928 118,41 Mk. beläuft:

Soll: 1. Zinsen a) im Sparverkehr 471 687,47; b) im Scheckverkehr 97 640,24; 2. Verwaltungskosten a) persönliche: Gehälter und Gebührnisse 126 966,67; Versicherungsbeiträge 18 245,65; b) sachliche: Steuern 14 891,82; Sachversicherungen 544,45; Fernsprechgebühren 2 291,15; Portoauslagen 4 432,80; Materialien und sonstige Rechnungen 40 761,11; 3. sonstige Ausgaben: Geschenksparbücher 3 240,80; Zinsen 6 166,23; Stückzinsen 9 307,47; Rückstellungen 55 000,00; Abschreibungen 2 152,09; Gebühren und Kosten 2 102,23.

Haben: 1. Zinsen a) im Darlehnsverkehr 385 711,61; b) im Scheckverkehr 453 445,46; 2. sonstige Einnahmen: Bankzinsen 64 013,28; Wechselprovision und Gebührnisse 6 812,49; Wertpapierprovision 5 073,70; Fachmieten 1 718,50; Vergütung auf Stückzinsen 4 178,23; Zinsen für Handwerkerkredit 2 715,50; Mieten 488,40; Rückzahlung für Krankenkasse 2 594,04; Rückzahlung für Angestelltenversicherung 1 287,00 Mk.

Die Jahresrechnung (Bilanz) ist durch den Rhein.-Westf. Sparkassenverband geprüft und für richtig befunden worden.

Nach kurzen Erläuterungen über die Frage der Aufwertung wurden die Rechnungen abgenommen und die erbetene Entlastung erteilt.

Einrichtung einer Nebenstelle der Kreissparkasse in Hiltrup.

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß die Gemeinde Hiltrup sich stark entwickelt, so daß auch die dortige Annahmestelle der Kreissparkasse nicht mehr ausreicht und zweckmäßig eine selbständige Nebenstelle eingerichtet wird. In einer gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses mit dem Sparkassenvorstande wurde beschlossen, eine selbständige Nebenstelle zu errichten, weil dies im Interesse des Kreises liegt. Der Kreisausschuß bittet, auch vom Kreistag aus die Genehmigung zu erteilen, so daß nunmehr auch die vierte Nebenstelle geschaffen wird. Bisher besteht je eine Nebenstelle in Telgte, Greven und Nottuln. Für die Nebenstelle in Hiltrup kommt ein Haus in Betracht, das der Postmeister Poether aus eigenen Mitteln erbaut. Er will für die Nebenstelle zwei Zimmer freigeben, wenn seinem Sohne, der bereits im Sparkassenwesen tätig ist, die Verwaltung übertragen wird. Auch Postmeister Poether will sich nach seiner Pensionierung an dem Kassenwesen beteiligen.

Der Kreistag ist einverstanden.

Neuregelung der Beihilfen an Gemeinden für Chausseebauten.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes für 1927 hat der Kreistag am 21. 4. 27 den Kreisausschuß beauftragt, wegen einer neuen Regelung der Chausseebau-Beihilfen Vorlage zu machen. Bisher wurde im Landkreise Münster so verfahren, daß die Gemeinden den Ausbau der Chausseen durchführten, daß der Kreis dazu eine Beihilfe von 3,50 Mk. für das laufende Meter gewährte und die fertige Strecke in die Unterhaltung übernahm. Dieses Verfahren hat sich bewährt; der Kreisausschuß bittet, es beizubehalten. Mit Rücksicht auf die verteuerten Baulosten empfiehlt es sich jedoch, mit Rücksicht darauf, daß in der Regel eine breitere Steinbahn wie früher gefordert werden muß, schlägt er vor, die Beihilfe nicht mehr nach laufenden Metern, sondern nach Quadratmetern zu bemessen, und für den Quadratmeter als festen Satz einen Betrag von 1,25 Mk. zu bestimmen. Damit glaubt der Kreisausschuß sowohl die Belange der bauenden Gemeinden ausreichend gewahrt, als auch die finanzielle Belastung des Kreises genügend berücksichtigt zu haben. Eine Erhöhung der bisher üblichen jährlichen Pauschsumme von 20 000 Mk. hält er für den Kreis nicht für tragbar, zumal die Unterhaltungskosten alljährlich immer größer werden.

Der **Vorsitzende** geht kurz auf die Vorlage ein und erläutert die einzelnen Punkte.

Abg. **Joanning** hat seinerzeit den Antrag gestellt, denjenigen Gemeinden, die Chausseebauten ausgeführt haben, bei denen jedoch die Bauten noch nicht abgenommen sind, die erhöhten Beiträge zu zahlen. Das gleiche soll zutreffen bei Gemeinden, deren Chausseen noch im Bau begriffen sind. Er hat dabei die Strecke Greven-Westbevern im Auge.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß also die Erhöhung nicht nur für die noch zu bauenden, sondern auch für die in der Ausführung begriffenen Chausseen in Frage kommt.

Abg. **Rhode** wünscht zu wissen, welche Beträge für die im Bau begriffenen Chausseen festgelegt sind, damit die Chausseen, die in Angriff genommen sind, nicht in Mitleidenschaft gezogen und zurückgestellt werden, weil der Etat durch die Erhöhungen verändert wird.

Abg. **Richter-Brockmann** bittet, den Antrag Joanning zu berücksichtigen, da er es als ungerecht empfindet, wenn Greven zurückgestellt werde.

Abg. **Hoevestadt** ist nicht der Ansicht, daß der Etat durch die Erhöhung über den Haufen geworfen werde, aber die Bewilligung würde zur Folge haben, daß die antragstellenden Gemeinden mit ihren Bauten ein halbes Jahr warten müßten.

Abg. **Bruns** fragt, ob es nicht möglich sei, sämtlichen Straßenbauten, die noch nicht abgerechnet sind, höhere Zuschüsse zu bewilligen.

Der **Vorsitzende** sieht in der Aussprache die Anregung, die Summe von 30 000 Mk. zu erhöhen.

Abg. **Richter-Brockmann** steht auf dem Standpunkt, daß es unangenehm ist, wenn die Gemeinden wegen der angeregten Erhöhung mit den Bauten warten müßten. Er bittet deshalb, den Etatsposten nicht zu erhöhen. Es müsse darnach getrachtet werden, den Etat herunterzudrücken, wo es gehe, denn die Steuerlasten seien nicht mehr zu tragen. Er selbst würde im Kreisausschuß für die Erhöhung, so gern er sie zugestehe, aus diesen Gründen nicht eintreten können. Nach seiner Ansicht sei es besser, ein Jahr zu warten, als die Kosten weiter zu erhöhen.

Abg. **Bruns** geht auf die angeregte Sparsamkeit in anderer Beziehung ein und kommt auf Pachtpreise zu sprechen, mit denen er die Landwirtschaftskammer in Verbindung bringt.

Abg. **Brüning** weist die erhobenen Vorwürfe zurück und betont, daß die Landwirtschaftskammer mit Pachtpreisen grundsätzlich nichts zu tun habe. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird Material vorgelegt, das die Ausführungen des Abg. Bruns widerlegen und haltlos macht.

Abg. **Middendorf** ist für den Ausbau der Strecke Westbevern—Greven und bittet, in dieser Beziehung eine höhere Summe einzusetzen. Es komme auch der Landwirtschaft zugute, wenn im Osten des Kreises, wie die Wege nach Einen usw. ausgebaut würden. Für die Schulkinder sei es kaum möglich, bei schlechtem Wetter die Wege zu passieren.

Abg. **Rhode** ist entschieden gegen eine Erhöhung. Jeder klage heute über die hohen Steuern. Im nächsten Jahre würden die Lasten derartig hoch sein, daß es unmöglich sei, sie aufzubringen. Man solle „Gewehr bei Fuß" stehen, bis bessere Verhältnisse vorherrschten.

Der **Vorsitzende** regt an, dem Kreisausschuß vorzuschlagen, in Erwägung darüber einzutreten, ob eine Erhöhung möglich ist.

Darauf wurde der Antrag, den Kreisausschuß zu empfehlen, für Steinbahnen den Betrag auf 1,25 Mk. zu erhöhen, angenommen. — Der Antrag Joanning, die Erhöhung für die Chaussee Greven—Westbevern eintreten zu lassen, fand ebenfalls die Zustimmung des Kreistages. — Der Antrag, die Summe von 30 000 Mk. als Beihilfe zu erhöhen, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Abg. **Richter-Brockmann** betont, daß der Kreisausschuß die Anregung der Erhöhung nicht außer acht lassen werde, sobald irgendwie Ersparnisse in anderer Hinsicht möglich seien.

Abg. **Hoevestadt** bittet, diese Möglichkeit zu prüfen. Es sei aber verkehrt, wenn die höheren Verwaltungsstellen sich in Ausgaben mischten, die die unteren Stellen ganz gut selbst erledigen könnten. So sei es auf sportlichem Gebiet, daß ein Drittel der Kosten für einen Fußball geleistet werde. Wenn für sportliche Ausgaben etwa Zuschüsse gegeben werden sollten, dann seien die Gemeinden dazu selbst in der Lage. Er bittet, den Sportetat aus dem Kreise zu streichen. Die Anträge um Unterstützungen für Sachen, die den Kreis nichts angingen, würden von den Verbänden in jeder Sitzung in 8—10 Fällen gestellt.

Chausseemäßiger Ausbau der Straße Gimbte—Giltrup—Gelmer.

Die Gemeinden Gimbte und St. Mauritz haben den chausseemäßigen Ausbau der Straße Gimbte—Giltrup—Gelmer beschlossen, um hierdurch die bisher fehlende feste Verbindung zwischen Sprakel und Gimbte zur Schiffahrter Chaussee und zu dem Bahnhof Sudmühle herzustellen. Die neue Straße schließt nicht nur einen Teil der Gemeinde Gimbte, sondern auch die Gehöftslage Giltrup vollständig auf, und ist für den immer stärker werdenden Verkehr unbedingt erforderlich. Der vorhandene Sandweg ist allein schon wegen seiner Höhenlage nicht nur im Winter, sondern auch bei jedem Hochwasser unpassierbar. Selbst bei nur niedrigem Hochwasser der Ems ist der Weg stellenweise überflutet. Der Chausseebau ist daher ein dringendes Bedürfnis und darf sowohl im landwirtschaftlichen Interesse als auch im Interesse des Verkehrs, besonders auch der gewerblichen Entwicklung von Gimbte, nicht länger hinausgeschoben werden. Die Kosten stellen sich für die Gemeinde Gimbte bei einer Streckenlänge von 990 Meter auf 20 750 Mk., und für die Gemeinde St. Mauritz bei einer Länge von 3188 Meter auf 60 500 Mk. Die Steinbahnbreite soll 4 Meter betragen. Die beteiligten Gemeinden sind bei der augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Lage, der sehr geringen Steuerkraft ihrer Einwohner und bei dem hohen Zinsfuß nicht imstande, die Kosten allein aufzubringen, und haben infolgedessen den Ausbau der Straße von der Bewilligung möglichst hoher Provinzial- und Kreisbeihilfen abhängig gemacht. Der Kreisausschuß erkennt die Notwendigkeit des geplanten Straßenbaues an und bittet, hierfür die übliche Beihilfe von 1,25 Mk. je Quadratmeter Steinbahn zu bewilligen. Die Beihilfe würde für die Gemeinde Gimbte 990×4×1,25 = 4950 Mk., und für die Gemeinde St. Mauritz 3188×4×1,25 = 15 940 Mk., insgesamt mithin 20 890 Mk. betragen. Auch bittet der Kreisausschuß, die Straße nach Fertigstellung unter den sonst üblichen Bedingungen in die Unterhaltung des Kreises zu übernehmen.

Abg. **Lanwer** möchte gerade den Antrag der kleinen Gemeinde Gimbte unterstützen, weil die Wegeverhältnisse dort ganz unhaltbar seien. Wenn Gimbte das finanzielle Opfer bringe, dann habe der Kreis die Pflicht, die Angelegenheit zu unterstützen.

Abg. **Joanning** tritt ebenfalls warm für den Antrag Gimbte ein. Auch der Vorsitzende empfiehlt nochmals Annahme.

Die Bezuschussung beider Gemeinden wird bewilligt, ebenso wird dem Antrag entsprochen, die Chaussee in die Unterhaltung des Kreises zu übernehmen.

Bau einer Umgehungsstraße bei Saerbeck.

Die Gemeinde Saerbeck beabsichtigt, zur Entlastung des Dorfes und im Interesse der Verkehrssicherheit den Bau einer „Umgehungsstraße" zwischen der Kreisstraße Saerbeck—Emsdetten und der Provinzialstraße Saerbeck—Ibbenbüren. Diese Straße paßt sich in den Rahmen des von der Landesplanung Münsterland aufgestellten Durchgangsstraßennetzes ein, so daß deren Ausführung wünschenswert erscheint. Die finanzschwache Gemeinde Saerbeck ist hierzu aber nur in der Lage und bereit, falls ihr von der Provinz und vom Kreise erhebliche über das sonst übliche Maß hinausgehende Beihilfen zugesichert werden. Die Gesamtkosten der 437,5 Meter langen Strecke einschl. der Kosten für den erforderlichen Brückenbau von 2500 Mk. betragen nach dem Kostenanschlag 21 600 Mk. Der Kreisausschuß hält den Antrag auf Gewährung einer erhöhten Beihilfe unter den vorliegenden Umständen für berechtigt und schlägt vor, der Gemeinde Saerbeck neben der üblichen Beihilfe ¼ der Brückenbaukosten sowie einen außerordentlichen Zuschuß bis zum Gesamtbetrag von 6000 Mk. zu bewilligen. Im einzelnen errechnet sich hiernach die Beihilfe für den Straßenbau auf (270×5,90+167,5×5)×1,25 = 3038,13 Mk., für den Brückenbau auf 2500/3 = 1166,67 Mk., und der besondere Zuschuß auf 1795,20 Mk., zusammen auf 6000 RMk. Auch diese Straße soll nach Fertigstellung in die Unterhaltung des Kreises übernommen werden.

Abg. **Middeler** betont, daß die Gemeinde Saerbeck beschlossen habe, die Straße zu bauen, nicht so sehr im Interesse der Gemeinde selbst, sondern im Interesse des ganzen Verkehrs. Dadurch, daß der Verkehr in die Umgegend, in die Steinbrüche, Bergwerke usw. durch das Dorf führe, sei die Verkehrssicherheit so gefährdet, daß unbedingt eine Umgehungschaussee gebaut werden müsse. Dies könne aber nur unter der Bedingung geschehen, daß der Kreistag einen erhöhten Zuschuß bewillige. Zu diesem erbitte er die Zustimmung.

Abg. **Lanwer** weist auf die scharfen Wegecken in der Richtung Saerbeck—Emsdetten hin. Es sei lebensgefährlich, sie mit dem Rad zu passieren. Die Umgehungsstraße in Saerbeck liege im Interesse des ganzen Verkehrs und man möge deshalb den Zuschuß bewilligen.

Abg. **Brüning** unterstreicht die Notwendigkeit, Zuschüsse zu geben bei Umgehungsstraßen, wo in den kleinen Orten die Verkehrsmöglichkeit unzulänglich sei. Die Ortschaften mit den kleinen unzulänglichen Straßen seien nicht geeignet, den großen Verkehr aufzunehmen.

Abg. **Klaverkamp** fragt an, ob nicht bessere Verkehrsverhältnisse für Telgte geschaffen werden können. In der letzten Zeit sei es vorgekommen, daß auf der Straße Marktstraße—Bahnhofstraße—Steintrafe alle vierzehn Tage ein Unfall zu verzeichnen sei. Da die Strecke im Laufe der Provinzialstraße liege, verkehre dort durchschnittlich jede Minute ein Auto. Es müsse unbedingt etwas geschehen, vielleicht durch den Bau einer Umgehungsstraße oder den Ausbau der Königstraße. Die Anwohner der Emsstraße beklagten sich darüber, daß bei schmutzigem Wetter der Straßenschmutz 2—3 Meter hoch an die Häuser spritze. Die Fahrbahn sei an einzelnen Stellen nur 4,10 Meter breit. An die Provinz sei der Antrag zu stellen, die Straße zu asphaltieren, da durch den starken Autoverkehr die Häuser erschüttert würden.

Der Kreistag gibt seine Zustimmung zu der Vorlage.

Bau einer Brücke über den Eltingmühlenbach.

Am 16. Dezember 1924 hat der Kreistag den Gemeinden Greven rechts der Ems und Westbevern zum Bau der Chaussee Schmedehausen—Brock-Ostbevern die übliche Beihilfe bewilligt. Die Strecke ist inzwischen fertig ausgebaut und vom Kreise in die Unterhaltung übernommen worden. Im Zuge dieser Strecke mußte eine neue Brücke über den Eltingmühlenbach gebaut werden. Über eine Bezuschussung dieses Brückenbaues konnte der Kreistag damals noch keinen Beschluß fassen, weil das erste Projekt den Anforderungen in wasserpolizeilicher Hinsicht nicht genügte. Es wurden größere Breitenabmessungen verlangt, die eine Erhöhung der Baukosten bedingten. Nach längerer Verhandlung ist die Brücke den Anforderungen der Wasserpolizei entsprechend fertiggestellt. An Gesamtkosten sind für den Brückenbau allein rund 10 000 Mk. entstanden, die nach Ansicht des Kreisausschusses von den Gemeinden nicht allein getragen werden können. In früheren Jahren hat der Kreis für ähnliche größere Brückenbauten in der Regel einen Zuschuß in Höhe von ⅓ der Kosten bewilligt. Der Kreisausschuß schlägt daher vor, der Kreistag wolle auch für diesen Brückenbau eine Beihilfe von 3000 Mk. aus der im Haushaltsplan vorgesehenen Pauschsumme bewilligen.

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage und teilt mit, daß, wenn zukünftig eine weitere Verbreitung von 8,5 auf 11 Meter sich als notwendig erweise, dann die Gemeinde die Kosten dieser Verbreiterung selbst übernehmen müsse.

Abg. **Bruns** beantragt, das erbetene Drittel auch ganz zu geben und es auf 3300 Mark abzurunden.

Die Vorlage mit diesem Antrage wurde angenommen.

Bürgschaftsübernahme für die Emmerbach-Genossenschaft in Ameisbüren.

Die Unterhaltungsgenossenschaft Emmerbach in Ameisbühren hat bei der Deutschen Bodenkultur-Aktien Gesellschaft, Berlin, ein Meliorationsdarlehen von 10 000 Mk. aufgenommen, dessen Hergabe von der Bürgschaft des Kreises abhängig gemacht wurde. Obgleich der Kreisausschuß grundsätzlich den Standpunkt vertritt, die Übernahme von Bürgschaften ablehnen zu sollen, da sie eine unerwünschte Belastung des eigenen Kredits bilden, hat er im vorliegenden Falle mit Rücksicht auf den vorgeschrittenen Stand der Meliorationsarbeiten, die ohne Gefährdung der bisher geleisteten Arbeiten keine Unterbrechung infolge Geldmangels zulassen, geglaubt, die verlangte Bürgschaft ausnahmsweise unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kreistag übernehmen zu müssen, und bittet um Erteilung dieser Genehmigung. Gleichzeitig gibt er zur Kenntnis, daß die „Deboka" die Forderung der Kreisbürgschaft bei der Gewährung von Meliorationsdarlehen inzwischen fallen gelassen hat.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Brüning erklärt sich der Kreistag mit der Bürgschaftsübernahme einverstanden.

Frühzeitige Bestellung und Lieferung des Steinmaterials für die Kreisstraßen.

In den letzten Jahren konnten die vom Kreistage bewilligten Neuüberschüttungs- und Pflasterarbeiten zum Teil erst in den Spätherbst- und Wintermonaten fertiggestellt werden. Diese Verzögerung, die mancherlei Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt hat, ist darauf zurückzuführen, daß die Steinbruchunternehmer erst nach Feststellung des Haushaltungsplanes durch den Kreistag zur Lieferung des Steinmaterials aufgefordert worden sind. Um einer solchen Verzögerung im nächsten Jahre vorzubeugen, bittet der Kreisausschuß den Kreistag, ihn zu ermächtigen, das Steinmaterial für das Rechnungsjahr 1928 schon vor der Feststellung des Haushaltplanes zu bestellen, und zwar in dem Rahmen, wie es der Haushaltsplan für das Jahr 1927 vorsieht. Die Kosten können aus der vom Kreistag am 21. April 1927 beschlossenen Anleihe — für das Neuüberschüttungsmaterial vorschußweise — entnommen werden.

Abg. **Richter-Brockmann** bemerkt, daß man bei der Chausseebesichtigung festgestellt habe, daß viele Arbeiten nicht rechtzeitig ausgeführt werden konnten. Von maßgebender Seite sei mitgeteilt worden, daß dieses daran liege, daß das Material zu spät angeliefert worden sei. Es liege deshalb im Interesse des Kreises, das Material nicht wie bisher nach der Beschlußfassung in der Kreistagssitzung im März oder April, sondern schon jetzt zu bestellen.

Abg. **Wolters** fragt an, ob der Chausseebau Havixbeck—Nordkirchen durch die Vergebung an einen Unternehmer verteuert worden sei.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß das Ausschließen von den eigenen Arbeitern erfolgt sei. Eine Verteuerung durch den Unternehmer liege nicht vor.

Dann entwickelt sich eine weitere Debatte über die Frage, ob Kalt- oder Warmteerung zu bevorzugen sei. An einzelnen Stellen habe man mit Warmteerung bessere Erfolge erzielt als mit Kaltteerung, während andererseits das Gegenteil bewiesen wurde. Man war der Ansicht, daß das Material hierbei allein ausschlaggebend sei. Die deutschen Teerfabrikate seien noch nicht so vollkommen wie die ausländischen.

Darauf stimmte der Kreistag der Vorlage einmütig zu.

Zur Instandsetzung bzw. Erbreiterung der Emsbrücke in Greven

nahm dann der Abg. **Lanwer** das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er schilderte, wie gefährlich das Passieren der Brücke sei. Die Fußgänger würden, wenn sie einem Auto auf der Brücke begegneten, an die Wand gedrückt und schwebten in Lebensgefahr. Die Brücke in Greven sei in einem derartig schlechten Zustande, wie er in keinem Teil des Kreises zu verzeichnen sei. Er müsse sich wundern, daß bisher keine Unglücksfälle vorgekommen seien, wie er sich überhaupt wundere, daß von der Polizei in Greven auf diese Gefahr noch nicht hingewiesen und keine entsprechende Verfügung erlassen sei. Sie liege im Interesse der Verkehrssicherheit. Die Ems liege dort in einer sehr unglücklichen Lage, und er gebe zur Erwägung, ob es nicht möglich sei, die Emsbrücke an dieser Stelle verschwinden zu lassen. Vielleicht sei es möglich, diesen Arm der Ems zuzuschütten und das Wasser unter der Umflutungsbrücke herzuführen. Wenn diese Brücke dann erbreitert würde, komme man mit einer Brücke aus. Gegenwärtig führe die Ems wieder Hochwasser, und wie bei jedem Hochwasser, so sei auch jetzt wieder ein Dammbruch erfolgt. Auf diese Weise habe die Gemeinde Greven enorme Unkosten, die sie auf die Dauer nicht tragen könne. Auch die Landwirte, die dort Grundstücke hätten, würden sehr in Mitleidenschaft gezogen, da ihre Ländereien überflutet seien und nicht bestellt werden könnten. Herr Lanwer bittet den Kreisausschuß, sich mit dieser Frage zu befassen und darüber Beratungen einzuleiten, wie dem Uebelstande abgeholfen werden könne.

Der **Vorsitzende** betont, daß die Situation in Greven äußerst schwierig sei. Man habe ihr schon seit Jahren das Augenmerk zugewandt und erwogen, ob außerhalb der Brücke ein Fußsteg angelegt werden könne. Man habe sich gesagt, daß dies bedenklich sei, weil die Brücke nicht genügend befestigt werden könnte. Wenn Fuhrwerke oder Lastwagen die Brücke passierten, erweise sie sich als

Zu Silvester!

Bowlengläser, glatt optisch, bauchige Form	Mk.	**0.45**
dto. mit Schliff	„	**0.60**
Kognak- und Likörgläser, optisch	„	**0.50**
Farbige Likörgläser, optisch	„	**0.45**
Weingläser mit Schliff	„	**0.50**
Sektglas, optisch	„	**0.75**
„ mit Schliff	„	**0.85**
Grog- und Teebecher, echt Messing gehämmert mit Boden	„	**0.95**
Bowle mit 12 Gläsern und Löffel, optisch	Mk. 16.50	**11.00**
Bowle, echt Messing, in jeder gewünschten Preislage 5 und 7 Liter Inhalt		
Nußknacker	Mk. 1.75 bis Mk.	**0.25**
Weinrömer auf hohem Fuß	Mk.	**0.45**
Bowlenlöffel, Glas	Mk. 2.75	**1.75**
Ausgußkorken	Mk	**0.45**
Korkenzieher	Mk. 1.50	**0.45**
Bierbecher mit Goldrand, 4/20 Liter	Mk.	**0.25**
dto. mit 3 Goldbändern und Gravur	„	**0.35**

Otto Schaberg
Prinzipalmarkt 4

Hotel-Restaurant Stadthafen
Carl Dorn
Dortmunderstraße, Ecke Hansaring.

Samstag große Silvester-Feier
Konzert. Ueberraschungen
Silvestersoupers 8 Uhr beginnend:

Ochsenschwanzsuppe in Tassen	Ochsenschwanzsuppe in Tassen
Kalbsbrak garniert	Heilbutt, zerl. Butter
Käse	Filet garniert
	Käse
Gedeck Mk 2,00	**Gedeck Mk 3,00**

Außerdem reichhaltige Speisenkarte.
Berliner Pfannkuchen.
Ausschank von echtem
Salvator-Bier.
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.
Fernruf 2024

Hotel und Cafe
Kaiserhof
Oskar Försterling

Am **Samstag, den 31. Dez. 1927** ab 20 Uhr
Grosser
Silvesterball
mit großen Überraschungen in allen Räumen des Kaiserhofes.

Bestellungen auf Tischkarten frühzeitig erbeten.
Telefon 3697-3698.

Die Verlobung ihrer ältesten Tochter **Elisabeth** mit dem Herrn **Willi Soetkamp** beehren sich anzuzeigen

Josef Beumer und Frau
Toni geb. Thiering
Havixbeck, 29. Dez. 1927

Elisabeth Beumer
Willi Soetkamp
Verlobte
Havixbeck Münster i. W.
29. Dezember 1927
f6068n

Statt Karten.

Johanna Gauxmann
Heinrich Langehaneberg
Verlobte

Elisabeth Langehaneberg
Theodor Gauxmann
Verlobte

Metelen, den 29. Dezember 1927.
f1113n

Cocos-Läufer u. Teppiche
Rodenstein
Klosterstraße 1a
Telephon 623

Hiesige Kolonialwaren-Großhandlung sucht zu sofortigem od. späterem Eintritt *r

Lehrling

möglichst mit Obersekunda Reife. Offerten unter **E E 605** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Chauffeur

durchaus zuverl. u. solide für angenehme Dauerstellung gesucht. (Per sofort oder später). Offerten unter **D D 1607** an die Geschäftsstelle. 16044g

---

Meine Weine vom Fass

Tarragona prima voll. süß, Liter 1,5.
Malaga fein, goldgelb, Liter 2,—
Insel Samos sehr süß, Liter 2,—
Apfelwein prima Frankfurter, Liter —,60.
Gefäße mitbring.
Schwanen-Drogerie Ferd. Meyer Telefonruf.
Rothenburg 39 40
16077a

Tal. Dame sucht * **— Unterricht —** in Ölmalerei bei tücht. Meister. Offert. unter **D D 604** an Geschäft.

Student erteilt energische Nachhilfe in * **Mathematik.** Offt unter **X X 1622** an die Geschäftsstelle.

Wir unterbieten alles!
Elegante neue
Pelzjacken
30 bis 135 Mk.
3 blendend schöne
Pelzmäntel
reiche Ausstattung
220 bis 295 Mk.
Pelz-Stolen
elegant a
Spottpreis 50 Mk.
Hüfferstr. 9 pt. l.

Morgen **Freitag** von 8—12 Uhr billiger *a
Seefischverkauf am Cördeplatz
Empfehle alle Sorten Seefische billigst, sowie ff. Filetfisch u. grüne Heringe. Nur lebendfrische Ware. Verkauf findet best. statt

---

Freitag morgen von 8—12 Uhr
Fischverkauf
Hamburger- und Gallitzinstr.-Ecke
Empfehle alle Sorten fr. Seefische, Tintenfisch *a
Knurrhahn, Goldbarsch, Lengfisch, Kabeljau, Schellfisch.

H. Siebert
Seefischhandlung
Hagedornstr. 2, T. 2630
empfiehlt alle Sorten
Fluß- u. Seefische
Räucherwaren Marinaden und Fischkonserven.
16072a

Wochenendhaus oder Jugendherberge
(Teut. Wald) massiv, elektr. Licht, Aussicht, 700 Qdm., für 4000 M. zu verkaufen. *
Ang. unter Nr. 2921 an die Ann.-Expedition M. Lückers, Ludgeristraße 12. *

Kreuzschanze
Carl Röhrig
Samstag, den 31. Dezember 1927
Silvesterfeier
Sonntag, den 1. Januar 1928
Neujahrsfeier
Karten für die Silvesterfeier sind zum Preise von 1.— Mark am Büfett erhältlich. t1231ä
Tischbestellungen ebendort Kartenanzahl beschränkt

Arno Waldorf der Silvester-Komiker

Konzert-Café Rheingold Restaurant Franziskaner
Samstag, den 31. Dezember 1927, abends 8 Uhr
Große
Silvesterfeier

2 Kapellen	Ueberraschungen
Künstlerkapelle	Künstlerkapelle
Adolf Hahné	Otto Schönborn
von der Rheinterrasse Düsseldorf	das beliebte Haus-Orchester

Tanz ohne Ende!
Kein Weinzwang.
Konzert-Café Rheingold Eintritt 30 Pfg.
Restaurant Franziskaner: Eintritt frei.
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten
Telephon 2688 Telephon 2688

Silvester-Komiker Arnold Waldorf der

Zu Silvester!
Rum / Arrac / Punsch
Köstlicher Duft durchzieht das ganze Zimmer wenn man von meinem **Jamaika-Rum Grog** braut oder den Tee damit würzt. f6069b
Wilh. Gorsmann
Dampf-Destillation und Likörfabrik
Salzstraße 30 (am Servatiiplatz)

Silvester-Sonderpreise

Weine

Rotwein f. Glühwein	Fl. M.	**1.40**
Tarragona	Flasche M.	**1.40**
Malaga	Flasche M.	**1.70**
Samos	Flasche M.	**1.70**
Spezial-Weisswein	Fl. M.	**1.6** ,
Fruchtsekt	Flasche M.	**1.90**

Konserven

Ananas, 2 Pfd.-Dose 12 Scheiben M.	**1.15**
Californische Pfirsiche extra Qualität, 2 Pfd. M.	**1.90**
Californische Aprikosen extra Qualität, 2 Pfd. M.	**1.05**
Reineclauden 2 Pfd. M.	**0.80**
Pflaumen extra Qualität, 2 Pfd. M.	**0.70**
Leipziger Allerlei 2 Pfd. M.	**0.75**

Frische Früchte

Bananen 1 Pfd. M.	**0.30**
Apfelsinen prima rostfreie Ware 12 Stück M.	**0.50**
8 Stück M.	**0.50**
Citronen 6 Stück M.	**0.35**
Tafel-Äpfel 3 Pfd. M.	**0.50**
Tafel-Birnen Pfd. M.	**0.50**

Frische Ananas für Bowle

Blumenkohl Riesenköpfe M. **0.80**
Sämtliche Waren werden frei Haus geliefert. f6075w

Cl. Krukenkamp & Söhne
Drubbel 4, Salzstraße, Servatiplatz, Hammerstr 61 Bült, neben Deckwitz.

Unsere Geschäftsräume
befinden sich ab 31. Dezember
Hafenweg 48
Wir bitten höflichst das Abholen von Gütern am Freitag, den 30. Dezember, wegen Umzuges auf das Notwendigste beschränken zu wollen. f6054)e
Münsterische Schiffahrts- u. Lagerhaus-Akt.-Ges.

Bedeutende, unabhängige, westdeutsche
Margarinefabrik
sucht für den Vertrieb ihrer seit Jahrzehnten bevorzugt gekauften Erzeugnisse einen bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführten
Vertreter.
Der Verkauf wird durch neuzeitliche zugkräftige Werbemittel unterstützt t1227b
Angebote mit Referenzen unter **K Z 4821** befördert **Rudolf Mosse, Düsseldorf.**

Delikatessenhaus „Ludgeri"
Inh. **Max Beckmann**
Ludgeristr. 61 Telephon 1684 Ecke Promenade
Für Silvester und Neujahr
empfehle als Spezialitäten
Heringsalat, ital. Salat, garnierte Schüsseln, Schwedenplatten zu den bekannt billigen Preisen
Bestellungen erbitte frühzeitig, damit für prompte Lieferung Sorge getragen werden kann.
Gleichzeitig mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich neben dem Delikatessengeschäft eine **Wein- und Spirituosenhandlung** eingerichtet habe.
Weine u. Spirituosen nur erster Häuser.
Empfehle besonders **1 urige Südweine,** wie Tarragona, Malaga, Samos, Portwein von **1.25** Mk. per Flasche an **Bordeauxweine, Rhein- und Mosel weine** bis zu den feinsten Crescenzen **Weinbrand, Weinbrandverschnitt, Liköre, Rum** und **Arrac** zu Engros-Preisen.
Abgabe von Spirituosen jedoch nur in Mengen von 5 Liter an. Beachten Sie bitte meine Preise in meinen Schaufenstern.
Zu Silvester und Neujahr bei Einkauf von 10 Flaschen Wein und Spirituosen 1 Flasche Qualitätsschaumwein gratis.
Lieferung nur erstklassiger Ware frei Haus — Freundliche Bedienung. f6065b

---

Hiesige Großhandlung
sucht für sofort oder später einen
Lehrling oder Volontär
mit guter Schulbildung.
Offerten unter **D E 588** an die Geschäftsstelle d. Ztg. 16058jr

---

Für den Empfang der Kundschaft und Beaufsichtigung des Verkaufs sucht Engrosgeschäft einen
tüchtigen Herrn,
nicht unter 25 Jahren. Herren aus der Wollwaren-Branche erhalten den Vorzug — Eintritt bald. —
Angebote mit Bild, Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und lückenloser Angabe der bisherigen Tätigkeit unter **L L 611** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten t1228r

---

Margarine-Vertreter gesucht.
Zeitgemäße Verdienstmöglichkeit.
Lieferwagen wird gestellt.
Es wollen sich nur solche Herren oder Firmen melden, welche bereits andere Margarine-Fabriken mit Erfolg vertreten und die über erstklassige Referenzen verfügen.
Sährain-Margarine- und Raffinationswerke H. Meye-Lippinghausen bei Herford i. W.
t1226r

Junges, solid. **Mädchen,** welches in Nähen und Kinderpflege gut bewandert ist, **sucht Stellung** als
Stütze der Hausfrau,
wo sie sich in der Hauptsache der Kinderpflege mit weit. Ausbildung im Haushalt widmen kann. Familienanschluß erwünscht. Antritt kann evtl. sofort erfolgen.
Gefl. Angebote u. **C D 5331** an die Geschäftsstelle des Münst. Anz. erb. t1187a

---

Für Silvester!
Klavierlehrerin
erteilt gründlichen Unterricht.
Monatlich 6 Mk.
Kaiser Wilhelmring 2, I

Klubsofa, Sofas, Chaiselongues, Matratz. billig zu verkaufen. Bequeme Ratenzahlung. *
Wilh. Bonkhoff, Hafenstraße 83, part. Nähe Hafen.

Reiner Korn
mit dem **Garantiezeichen.**
Münsterländer Korn
Doppel-Goldkorn
1000jähriger Brennereieinrichtung
Verkauf:
Lingenerstr., Ecke Hansaring
für 1000jähr. auch
Anna Koene,
Prinzipalmarkt 19
u. **Fr. Jos. Henke**
Raesfeldstr. 4—6.
Aug. Kölscher
Hansaring 17.
6027a

N.A.G.
L. 8. 5 to.,
neuwertig, Kardanantriebsgetriebe, 45 PS., Licht u. Anlaß, Gummibereifung, zugelassen u. versteuert.
Mannesmann Mulag,
3½ to. 47 PS. Kardan, elektr. Licht, Gummibereifung. Auswahl in 5 to. Anhänger mit u. ohne Kipperrichtung, m. Zahlungserleichterung preiswert zu verkaufen.
Carl Weber & Söhne
Düsseldorf t1225a
Bunsenstr. 19. Tel. 9063.



FÜR SYLVESTER!

PUNSCHE, JAMAIKA-RUM BATAVIA-ARRAC WEINBRANDE DOPPELKORN, KORN SOWIE ALLE WEINE UND SÜDWEINE

UNSERE SEIT ÜBER 100 JAHREN BEKANNTEN QUALITÄTEN

(AUCH AUSGEMESSEN ZU HABEN)

H. & G. HORSTMANN
MÜNSTER
NUR HERRENSTR. NR. 46—47

FLASCHENVERKAUF FÜR EINIGE TAGE **MICHAELISPLATZ 1-2**

Gesuche, Verkäufe, Gelegenheitskäufe
finden durch den
„Münst. Anzeiger" weiteste Verbreitung

Zur Beachtung!
Die Inhaber von **Zehnerkarten** der Autobuslinien
Münster-Handorf und
Münster-Bonlburg
werden gebeten, dieselben bis 31. Dezember dieses Jahres in unserem Büro An den Mühlen 9 oder bei unseren Schaffnern gegen unsere Gutscheinbücks umzutauschen — Bis zum genannten Tage nicht eingetauschte Karten können wir nicht mehr annehmen und müßten die Inhaber zwecks Erstattung an die Zahlstelle der Verkehrsgesellschaft Münsterland (Bahnhof Münster W. L. E.) — der bisherigen Betriebsführerin — verweisen.
Münster i. W., An den Mühlen 9, den 28. Dezember 1927. t1223i
Vereinigte Autobusbetriebe
Meermann & Assmann. Fernruf 2674, 2727.

Billig! Billig!
Fisch!
Hausfrauen!
Freitag großer Fisch-Verkauf auf dem Domplatz. Sonnabend billige Preise. *
Die Verkäufer.

Gut eingeführter
Vertreter
von elektrotechnischer Spezialfabrik für Starkstrom-Installationsmaterial, insbesondere Hebelschalter, Motorschutzkästen, Steindreieck-Schalter usw. für einen Teil Westfalens mit dem Sitz in Münster i. Westf. gesucht. Lager erwünscht.
Offerten unter **N 68 B 101** an Ala Haasenstein & Vogler, Essen a. d. Ruhr. t1220s

---

Zu Silvester!
Berliner Pfannkuchen
mit verschiedenen Füllungen wie: Pflaumen, Erdbeer, Johannisbeer, Aprikosen, Ananas usw.
Stück **10** Pfg. und 2 Stück **15** Pfg.
Wurstbrödchen
Stück **30** Pfg.
Große Auswahl in Tee- u. Weingebäck
¼ Pfund von **35** Pfg. an
Heinr. Jellentrup
vorm. Grotemeyer
Aegidiistr. 10 gegr. 1850 **Telephon 3077**
Für Großabnehmer Extrapreise t1233b